

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4627) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. zzgl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die halbpaltene Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Str. 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Das Deficit.

* Leipzig, 20. Februar.

Wie schnell sich die Zeiten ändern!
Wie lang ist es her, seitdem das Centrum die neue große Schlachtflootte bewilligt hat! Einmal im Bewilligungsausschuss, stochte man auch ein stattliches Bouquet neuer Steuern zusammen und präsentierte dasselbe dem Schatzsekretär, der dabei denken mochte: „Mir graut vor der Götter Rache!“ und that, als wisse er gar nicht, was er mit dem vielen Gelde anfangen sollte, womit ihn die plötzliche Loyalität der Partei für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ überschüttete.

Heute pfeift's in einer anderen Tonart. Bald darauf war der Schatzsekretär genötigt, ein Deficit in Aussicht zu stellen. Und nun muß er in seiner Mitteilung an die Budgetkommission berichten, daß sich das Deficit im Reich auf etwa 51 Mill. Mark beläuft, während in den Ueberweisungen an die Einzelstaaten etwa 18 Mill. Mark ausfallen. Das macht also zusammen gegen 70 Mill. Mark.

Wenn man bisher über die „Steuerschraube“ ohne Ende sich beklagt hat, so kommt nun auch noch die „Defizitschraube“ ohne Ende dazu. Denn wenn man im Reich von der Erhöhung der Matrikularbeiträge sprach, so jammerten die Einzelstaaten, daß sie nicht mehr leisten könnten, und in der That zeigt sich fast bei allen ein bedenklicher Ausfall in den Einnahmen, der um so bedenklicher wird, als die Ueberweisungen von Seiten des Reiches auch bedeutend abnehmen. So schrauben sich beide Teile gegenseitig immer tiefer in das Deficit hinein, ohne daß jemand anzudeuten wüßte, wie man wieder herauskommen soll.

Das einzige Mittel wäre selbstverständlich eine Einschränkung der Ausgaben. Das hieße aber auf die Welt- und Flottenpolitik im bisherigen „großen Stil“ auf die Seeresvermehrungen und auf die Kolonialträume verzichten. Diese Dinge haben die schnelle und schwindelnde Steigerung der Ausgaben herbeigeführt. Bei anderen Dingen wird gespart, mehr als man vor dem 20. Jahrhundert verantworten kann. Ein neuer Flottenplan ist schon da und einige Tage, bevor er zur Kenntnis der politischen Welt kam, mußte Graf Pofadowsky erklären, daß das Reich sich bei der Gründung von Heilstätten für Lungenleidende nur mit einem bescheidenen niedrigen Beitrag beteiligen könne, weil keine Geldmittel vorhanden seien.

Besser kann die Situation nicht beleuchtet, treffender unsere Reichspolitik nicht charakterisiert werden.

Damit geht auch wieder ein Stück alter Staatsweisheit in die Brüche. Denn an die so oft schon geforderte Reichseinkommensteuer mit entsprechender Progression denkt in den leitenden Kreisen offenbar niemand. Indirekte Steuern, neue und stärkere Heranziehung von Bier und Tabak, hat der Schatzsekretär bereits angeflündigt. Wird man einmal

in der Not zu einer Reichseinkommensteuer schreiten, so werden die Herren Finanzmänner dieselbe nach ihren Begriffen zurechtmodellern, d. h. der arme Mann wird durch dieselbe nicht entlastet, sondern belastet werden, damit man den oberen Zehntausend nicht allzusehr in denbeutel zu greifen braucht. Und die indirekten Abgaben werden darum doch in die Höhe getrieben, die notwendigen Lebens- und Genussmittel nicht weniger verteuert werden.

Aber dies System hat eine natürliche Grenze. Die erteilte Weisheit sagt einfach: Wenn es an Einnahmen fehlt, so schreibt man neue Steuern aus.

Aber wie die Bäume nicht in den Himmel wachsen, so kann man auf diesem Wege nicht bis ins Unendliche fortmachen. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß der Ausfall bei den Ueberweisungssteuern von einer Mindereinnahme bei den Vorkostensteuern herrührt, die im ganzen über 28 Millionen beträgt. Hier handelt es sich also nicht um Abgaben, die der arme Mann zu leisten hat; sie ruhen auf der großen und mittleren Handels- und Geschäftswelt. Welchen Wert legen seiner Zeit die Konservativen auf diese Steuern! Das waren doch Gesellschaftsklassen, die eine Belastung getragen konnten und zwar eine tüchtige. Und nun? Die Wirkungen der wirtschaftlichen Krise zeigen sich nun auch im Vorkostenmilieu.

Wenn man uns sagt, daß die erhöhten Kohlenpreise Mehrausgaben für Meer und Flotte verursacht haben, so glauben wir dies gern, aber wir könnten laut aufschreien, wenn man sich gebärde, als sei das Deficit durch derartige unerwartete Ausgaben mit verursacht. Die Post- und Telegraphenverwaltung haben Mindereinnahmen; das kommt von der Krise her; ebenso die Verminderung der Einnahmen der Reichsbahn. Die Mindereinnahmen aus der Malschottsteuer und aus der Brennsteuer hängen auch mit der Krise zusammen, die in den kommenden Jahren noch viel intensiver nach dieser Richtung wirken wird. Und wie ein Hohn klingt es dazwischen, daß auch die Zuckersteuer einen bedeutenden Minderertrag ausweist, weil man gesteigerte Ausgaben für die Ausfuhrprämien gehabt hat. Das ist die Belohnung für die Rudereporture, die den Zucker aus Ausland billiger liefern als aus deutsche Vaterland, das sie bei Wein und Braten so sehr zu lieben behaupten. Diese edlen Patrioten scharren ihr Schäfchen trotz Krise und trotz Deficit — mit Hilfe des Staats.

Dies Bild der Reichsfinanzen läßt „tief bliden“ und kein Mensch wird einen anderen Eindruck gewinnen, als daß die Klemme verursacht ist durch die Krise und durch die enorme Steigerung der Ausgaben. Da hilft keine Schönfärberei in Mos.

Bevor diese Deficitwirtschaft begann, hatte das Reich meist Ueberschüsse bis zu 30 Millionen Mark zu verzeichnen. Wir beurteilten dies anders als die bürgerlichen Parteien. Denn wenn die mit indirekten Steuern arbeitende Finanzwirtschaft des Klassenstaats Ueberschüsse liefert, so beweist

das nur, daß die große Masse schwer belastet ist. Nichts lag uns darum ferner, als der Jubel über die Ueberschüsse. Aber mit der Flottenpolitik setzte a tempo auch das Deficit ein, von den Anleihen abgesehen. Von 2 Millionen im Jahre 1900 stieg das Deficit dann rasch auf 51 Millionen. Mit diesem Deficit muß das neue Finanzjahr bepackt werden, das ohne Zweifel selbst ein Deficit aufzuweisen haben wird, denn die Mindereinnahmen werden nicht aufhören. Die neuen Steuern werden das nicht einbringen, was man von ihnen erhofft, wenn der Reichstag sie überhaupt bewilligt, denn auch die Flottenpatrioten werden nicht „mit Surra“ daran gehen wollen, dem von einer Krise bedrängten Volke gerade in diesem Moment, da um die Brotvertuerung gekämpft wird, noch neue indirekte Steuern auf seine letzten Genussmittel zu legen.

So hat es immer begonnen, wenn es abwärts ging mit den großen Gemeinwesen, die ihre Mittel auf äußeren Glanz und Schein, auf das Trugbild der „Weltmacht“ verwendeten, während im Innern tausend Mängel obwalteten und eine innere Erstarkung daher nicht möglich war, weil die Kosten des äußerlichen Glanzes alles verschlangen. Und wenn noch so stattliche Heere dastehen, wenn noch so imposante Flotten die Meere durchsuchen — es fehlt die Gesundheit des Volkskörpers, die dem Ganzen allein Halt und Dauer geben kann. Schätzigtausend Arbeitslose allein in der Reichshauptstadt und dabei ein großes Deficit im Budget und neue Steuern in Aussicht!

Da mag wer will sich mit den „Erfolgen“ bei dem chinesischen Abenteuer, mit dem „Aufblühen“ von Kiautschou und mit ähnlichen Rüstungen begnügen. Wir können keiner Politik zustimmen, die nicht in erster Linie sich damit beschäftigt, das Massenelend im Innern zu bekämpfen und die Mittel des Staats für die Gesundheit der eigenen Zustände flüssig zu machen.

Man wird auf der betretenen Bahn fortschreiten und wird in wohl absehbarer Zeit noch erkennen müssen, wohin das führt.

Politische Uebersicht.

Staatskanzlei.

Für die Zukunft des österreichischen Staates war der letzte Dienstag ein Tag von weittragender Bedeutung. Das Abgeordnetenhause hatte zu den Vorfällen von Triest und zu den Maßnahmen der Behörden, die dort getroffen worden sind, Stellung zu nehmen. Wie so oft waren auch diesmal die Mollen völlig verlauscht. Die Regierung des Herrn v. Forster hat sich als das destruktivste Element im Staate bewiesen, während die Sozialdemokraten zu retten versuchten, was in Triest noch zu retten ist.

Der Fall ist außerordentlich lehrreich, nicht bloß für Oesterreich allein. Triest ist zugleich der unersehbare Mittelmeerhafen des österreichischen Handelsgebietes und eine italienische Stadt. Diesen wichtigen Punkt nicht bloß mit den Mitteln

Die Stadt war in Aufregung. Es hatte sich ein wirkliches Ereignis zugetragen. Nämlich die folgende Geschichte:

Der alte Redakteur Heilbunth hatte eine „Geschäftsreise“ nach der Hauptstadt gemacht, — die Gänsefüßchen stammten von der „leibhaftigen Bosheit“ — und wollte mit dem letzten Zuge zurückkehren. Und die Uhr wurde 11 Uhr 35 Minuten, und der Zug kam und hielt an und fuhr weiter. Aber es war kein Redakteur da. Dagegen in ihrer Wohnung sah Frau Heilbunth und wartete bis ein Viertel über zwölf mit Thee und Butterbrot. Dann aber fühlte sie sich beleidigt und ging zu Bett. Noch immer kein Redakteur. Die verlassene Gattin versuchte zu schlafen. Aber jedesmal, wenn die Dornholmer Uhr draußen auf dem Vorplatz mit ihren scharfen Schlägen die Stunden verkündete, erwachte sie und lugte nach dem benachbarten Bett hinüber. Kein Ehegemahl war da! Und die Uhr schlug zwei, sie schlug drei, vier und fünf! — Endlich gegen sechs Uhr hörte sie ihren Leander den Schlüssel in die Hausthür stecken. Und nach einer kleinen Weile betrat er das eheliche Schlafgemach.

Frau Heilbunth erhob sich in ihrer ganzen Größe. „Mein Gott, Heilbunth, wie ich mich geängstigt habe!“

„Gm!“ sagte Heilbunth und setzte sich auf einen Stuhl. Er war ungewöhnlich rot im Gesicht und keuchte stark.

„Aber wo bist Du denn nur gewesen, Heilbunth?“

„In Kopenhagen, Mutter, das weißt Du ja recht gut!“

„Ja, bist Du denn aber nicht mit dem Zug nach Hause gekommen?“

„Ja — a, natürlich, hi, hi, hi!“ rieferte der Redakteur. „Glaubst Du etwa, daß ich gegangen bin?“

„Aber jetzt ist es doch Morgen, Heilbunth! Die Uhr ist sechs! Und der letzte Zug kommt ja um halb zwölf Uhr!“

„Ja — — Hü, hü, ho! Hü, hü, ho! Hohohoho, hi!“ piffte der Redakteur.

„Wo bist Du denn so lange gewesen?“

„Hü — hü — hui! Das bekommst Du noch früh genug zu wissen, liebe Trine!“

„Aber Heilbunth! Bist Du eigentlich betrunken?“

Der Redakteur lag hintenübergelehnt auf dem Stuhl, der unter den Bewegungen seines Fleisches knarrte, und lachte aus vollem Halse.

„Betrunken?“ sagte er. „Keine Spur, Du liebe Kluckhenne!“

„Weshwegen lachst Du denn so?“ An dem ehelichen Himmel zog ein Gewitter auf.

„Hi, hi, hi!“ gluckte Heilbunth — „das ist eine verteilte Geschichte! Wenn der liberale Peterjen dahinterkommt, bin ich in einem Jahr fertig! — — Ich bin austrangiert, Trine!“

„Was bist Du?“

„Austrangiert, sage ich, Dir!“

„Austrangiert — —?“

„Ja! Ha, ha, ha! Sie haben mich auf ein Seiten-gelände gestellt!“

Frau Heilbunth starrte ihn verständnislos an. „Du bist doch betrunken, Heilbunth!“ sagte sie mit Nachdruck.

„Weiß Gott, ich bin ganz nüchtern, Trine! Ich bin nicht betrunken als der Rücken meiner Buchdruckerhand!“ (Fortsetzung folgt.)

Senilleton.

Manuskript verboten.

Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wied.

Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann.

„Hörst Du denn nicht, daß Deine Mutter nahe daran ist, sich einen Bruch anzuschreiben!“ sagte Bister. „Fort mit Dir!“ Und er zog den Zungen vom Stuhl und puffte ihn bis an die Thür.

Aber da blieb Friedrich stehen. „Geh jetzt, lieber Fridy! Ich bitte Dich doch so herzlich darum!“

„Na, wird es halb!“ sagte Bister. „Oder soll ich etwa eine Feuerzange heiß machen?“

Der Klumpen warf einen verzweifelten Blick auf das Bett. Dann öffnete er die Thür ganz langsam und ganz wenig und schauerte sich durch die Spalte.

Aber er ging nicht weiter als bis in die Küche. Dort stand er und horchte und wartete, bis der Doktor das Haus verlassen hatte und die Mutter eingeschlafen war.

Dann schlich er wieder auf seinen Wachposten zurück. Und wenn dann die Kranke erwachte, erzählte er eine Menge Dinge, die ihm unterwegs begegnet waren, und brachte ihr einen ganzen Haufen Grüße von freundlichen Menschen, die ihn angehalten und sich nach ihrem Befinden erkundigt hatten.

ber rohen Gewalt an Oesterreich zu fesseln, mußte vernünftigerweise eine der wichtigsten Aufgaben aller österreichischen Regierungen sein. Man hätte alles darauf anlegen müssen, den Triestnern zu beweisen, daß sie im Verbands des österreichischen Staates besser aufgehoben seien, als sie es unter der Herrschaft des national geeinten Italiens wären. Und man sollte denken, daß dieser Beweis nicht zu schwer zu führen sei. Mit Italien in sozialpolitischer Hinsicht zu konkurrieren, Italien durch Milde und Rücksichtnahme gegen die breiten Volksmassen zu überbieten, könnte einem einigermaßen zivilisierten Staate nicht schwer fallen. Was aber hat die österreichische Regierung gethan? Sie hat in einem gerechten und ruhig geführten Kampfe der Arbeiter für die Unternehmer Partei ergreifen, sie hat damit die leicht erregbaren südländischen Volksmassen in Straßendemonstrationen hineingedrängt, um schließlich zu beweisen, daß österreichische Infanteristen auf das Volk noch besser schießen können als italienische Carabinieri.

Wenn die sozialdemokratische Partei von dem österreichischen Abgeordnetenhaus eine Entschliessung einforderte, die die schärfste Verurteilung der Missethat von Triest bedeutete, so hat sie damit nicht nur der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit genügt, sondern sie hat damit auch dem Hause den einzig gangbaren Weg gewiesen, der zu einer Versöhnung der aufgeregten Gemüther führen könnte.

Indessen hat Herr v. Koerber, wenn auch mit großer Mühe, das Haus dazu zu bestimmen gewußt, die Sache in einen Ausbruch zu schleppen. Wahrscheinlich ist es seine Absicht, den Ausnahmezustand so geschwind wieder aufzuheben, daß eine neuerliche Beratung des Abgeordnetenhauses über seine Verurteilung gegenstandslos wird.

Durch die Annahme des Vermittlungsantrages Rathrein hat die Stadt Triest keineswegs ihr Recht bekommen. Der Statthalter Graf Goss bleibt im Amte, und er kann ruhig sein Werk fortsetzen. Wie Gossens Brutalität bereinigt Oberitalien von Oesterreich gänzlich entfernt hat, so soll er fernerhin die seine treiben dürfen. Der Ministerpräsident hat den schneidigen Beamten in seine besondere Obhut genommen, er findet es vollkommen gerechtfertigt, daß für die Unbestimmtheit einer halb-wüthigen Jugend vierzehn unschuldige Menschen getödtet worden sind, und er behauptet mit der ernstesten Miene von der Welt, daß Schießprügel und Scharfrichter die Stadt Triest vor der drohenden Unruhe gerettet hätten.

Herrn v. Koerber beliebt es, sich dünner zu stellen als er ist. Man spricht in Oesterreich nicht gerne von der Treudenta, der italienischen Unabhängigkeitsbewegung, und nennt sie lieber Anarchismus. Herr v. Koerber meint offenbar, daß die Treudenta in Triest die Hände mit im Spiel gehabt habe. Mag das nun richtig sein oder nicht: er hat ihr jedenfalls, da er sie zu treffen meinte, unschätzbare Hilfe geleistet. Triest wird seine Töten nicht vergessen.

Deutsches Reich.

Die Masken ab!

Aus Berlin wird uns vom 19. Februar geschrieben: Endlich ist die Mase aus dem Saal — das Wucher-Kompromiß ist fertig, der unter Führung des Centrums zu stande gekommene Kompromißantrag wurde in der heutigen Kommissionsitzung verteidigt. Von den Nationalliberalen hat ihn nur der Abgeordnete Sieg mitunterzeichnet. Das Centrum hat also den traurigen Ruhm auf sich genommen, den Brotwucher über die Forderungen der Regierungsvorlage hinaus fördern zu helfen. Zwar gebärdete sich heute der Vater des Antrags, der Abg. Herold (Centr.) gegenüber der Regierung ziemlich unwirsch, die er, wenn sie auf ihrem Standpunkt weiter verharrte, verantwortlich machte für das Zustandekommen des Gesetzes, aber es ist für den tiefer Blickenden kein Zweifel, daß die führenden Geister des Centrums mit dem Kompromißantrag noch nicht das letzte Wort gesprochen haben und nach dem parlamentarischen Erfolge streben, die Agrarier in ihrer Mehrheit zur Regierungsvorlage hinüber zu leiten. Gelingt dies, dann ist die Brotwucherer-Phalanx gelöst — die Gefahr für das Volk erreicht dann ihren Höhepunkt.

Mit Spannung sieht man in der Kommission der auf morgen angekündigten Erklärung der Regierung zu dem Kompromißantrag entgegen. Sieht man aber die Sache von dem oben skizzierten Standpunkt an, dann kann man nur eine sanft abwehrende Stellung der Regierung erwarten, denn auch sie setzt alles daran, die Situation für die Annahme der Regierungsvorlage günstig zu gestalten. Man will damit den Anschein erwecken, als sei die regierungsfreudig betriebene Brotwucherung gar nicht gefährlich für das Volk. Diese Taktik ist dem Centrum und der Regierung — ob mit oder ohne Verabredung — gemeinsam. Sicher wären Regierung und Agrarier längst einig, müßten sie nicht die antiagrarische Opposition fürchten. Durch Kompromißanträge wird diese aber nicht irt geführt, geschweige denn überwunden werden. Jetzt beginnt erst der Kampf, und die kommenden Sitzungen der Kommission werden einen Vorgesmack geben, was speciell die Vertreter der deutschen Arbeiter, die Befürworter der 3 1/2 Millionen-Petition, gegen die Brotwucherer zu leisten vermögen.

Die kleinlichen Bemühungen des Vorsitzenden, Abg. Mettich, die Opposition zu dämpfen oder zum Schweigen zu bringen, erweisen sich als völlig verfehlt. So heute, als der sozialdemokratische Antrag auf Vorlegung einer gründlichen Erntestatistik — aus der man ersehen kann, wie die einzelnen Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe am Getreidebau beteiligt sind — durch die Erklärungen eines Geheimrats nach der Ansicht des Vorsitzenden substanzlos geworden sein sollte. Die übrigen Wippen des neuen Vorsitzenden wurden besonders durch den Abgeordneten Wolfenbühr abgeführt.

Nach der Beratung dieses Antrags begann die große Debatte um die Getreidezölle, die vom Abg. Gohle mit einer fünfviertelstündigen Rede eingeleitet wurde. Die Herausforderungen des Abg. Herold riefen den Staatssekretär Graf v. Posadowsky auf, der eine Erklärung abgeben wollte, die aber die Kommission wegen der vorgerückten Zeit auf morgen vertagt wünschte.

Der Staatssekretär beschied sich dabei, machte aber noch einen Vorstoß, um die Brotwucherdebatten der Kommission im Dunkeln zu halten. Er wünschte, daß wegen der strengen Vertraulichkeit seiner Mitteilungen nur Mitglieder der Kommission zur Sitzung zugelassen werden sollten. Dagegen protestierte Bebel auf Grund der Geschäftsordnung energisch; ein solcher Vorgang sei in den Annalen des Parlamentes noch nicht verzeichnet. Der Staatssekretär

mochte wohl auch einsehen, daß es nicht angängig ist, Abgeordnete erster und zweiter Klasse zu schaffen — jeder Abgeordnete hat Rücksicht auf vertrauliche Mitteilungen zu nehmen — er gab auf die Einwendungen Bebel's seinen Wunsch auf und bemerkte malkitäts, er werde seine Erklärung danach einrichten. Es besteht aber noch ein anderer Plan, um die Brotwucherarbeit in den wohlthätigen Schatten des Geheimnisses zu rücken. Man will eine Subkommission schaffen, die nur die Auserwähltesten in sich schließt und die dann dem Geheimswind der nötigen Gewicht geben soll. In diesem Hunsbun wird sich die Sozialdemokratie nicht beteiligen. Die Subkommission darf kein geheimes Konventikel werden und keine Verschwörer-gesellschaft, die im Verborgenen tagt. Das Volk muß wissen, mit wem es zu thun hat.

Parlamentarische Briefe.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 19. Februar. Im Reichstage wurde heute die zweite Beratung des Militäretats fortgesetzt. Dem Minister wurde sein Gehalt noch nicht bewilligt, da die geistige Rede des Geheimen Kriegsrats Dr. Roman zu sehr ausführlichen kritischen Auseinandersetzungen Anlaß bot. Das Resultat war ein völliges Fiasko des schneidigen Herrn, dem nicht einmal von der Rechten ein Verteidiger erstand.

Zunächst sprach der Centrumsabgeordnete Gröber seine Ansicht dahin aus, eine Begründung für die Wieder-Verhaftung Sidels sei nicht erbracht. Herr Gröber ironisierte die lächerliche formalistische Unterscheidung, die Herr Roman zwischen einer Verhaftung und einer „vorläufigen Festnahme“ zu konstruieren versucht hatte. Schäfer noch war die Abrechnung, die unser Genosse Hasse-Königsberg mit Herrn Roman hielt. Seine schlagenden Beweisgründe faulsten geradezu vernichtend auf das Haupt des immer nervöser auf seinem Stuhle hin und her rutschenden Militärjuristen nieder. Es erregte Sensation, als Haase ein Telegramm verlas, das ihm einer der Verteidiger Sidels zugesandt hatte. Danach sind die Angaben des Herrn Roman über die Zeugenansagen des Generalleutenants v. Alten in der Revisionsinstanz thatsächlich unrichtig. Haase ging dann weiter auf eine sehr merkwürdige Randbemerkung ein, in der der Oberkriegsgerichtsrat Meyer die erneute Verhaftung Sidels rechtfertigt. Er tabelte die ungesunde Verquickung militärischer und juristischer Interessen, forderte Beseitigung der Institution des Gerichtsherrn und volle Offenheit des Militärgerichtsverfahrens.

Nachdem auch der freisinnige Abgeordnete Pech-Coburg auf die unheilvollen Wirkungen des Ausschusses der Öffentlichkeit hingewiesen hatte, schloß sich Herr Dr. Roman doch zu einer Entgegnung veranlaßt. Aber er war vollständig in die Defensibe gedrängt, und von dem schmetternden Siegesbewußtsein des staatsanwaltschaftlich geschulten Sozialistenhassers war wenig mehr zu spüren. Sein Versuch, die Wiederverhaftung Sidels nochmals zu rechtfertigen, mißglückte völlig. Herr Dr. Müller-Meinigen von der freisinnigen Volkspartei bescheinigte ihm das mit aller wünschenswerten Deutlichkeit. Unter dem Veisfall der Linken rief er dem Dr. Roman zu, er solle lieber mit etwas weniger Selbstbewußtsein und mehr Logik zum Reichstage sprechen. Müller-Meinigen wies auf bisher unbekannte Momente im Prozeßverfahren hin, die die ganze Sache noch rätselhafter machten.

Nun hielt es der Kriegsminister v. Gohler für geraten, die Ungeklärtheiten seines Kommissars wenigstens einigermaßen auszugleichen. Er gestand zu, daß Versehen vorgekommen seien; diese sollten „ihre Erledigung finden“. Weiter ging er auf die Sache nicht ein. Eine Reform der Militärstrafprozeßordnung, die manche Fortschritte gebracht und sich in China bewährt habe, sei vorläufig ganz ausgeschlossen.

Damit war die Diskussion über diesen Prozeß zu Ende gekommen. Es war nicht nötig, daß der tragikomische Herr Schlumberger sich hinstellte und pathetisch ausrief: Man solle doch nicht wochenlang unnütze Reden halten. Unnützig war auch die verfehlte Polemik des Grafen Ron gegen Bebel.

Dagegen sah sich Genosse Aunert verpflichtet, noch einmal auf das Thema der Soldatenmißhandlungen zurückzukommen. Auf seine Rede antworteten die Militärvertreter des Reiches, Sachsens und Bayerns. Herr v. Gohler zeigte sich dabei sehr erregt und behauptete wieder einmal, die Sozialdemokraten hätten kein Vaterland. Dagegen war das, was der bayerische Generalmajor v. Endres sagte, von einem lebenswürdigen Humor erfüllt. Morgen geht die Debatte weiter.

*** Berlin, 20. Februar.** Wegen der angeblichen **Kerkerung des Kaisers über das Duell**, welche die Potsdamer Zeitung am 19. Dezember veröffentlichte, ist nunmehr die Vorlage gegen die Beteiligten erhoben worden und der Termin auf den 12. März anberaumt. Er lautet auf Verleumdung der beiden Leutenants Kessel und v. Gohler, nach § 186 des Reichsstrafgesetzbuchs.

Bei der heute im 5. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Potsdam stattgehabten **Landtagswahl** wurde Fabrikbesitzer Otto Eckert (freikonf.) mit allen 184 abgegebenen Stimmen gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Sitzung am Mittwoch beschlossen, folgende Interpellation im Reichstag einzubringen: „Ist es dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß im Widerspruch zu dem klaren Wortlaut des § 35 der Gewerbeordnung und der Erklärung, welche der Staatssekretär des Reichsamt's des Innern, Graf v. Posadowsky, im Reichstag in der Sitzung vom 23. November 1899 abgegeben hat, die **Polizeibehörde zu Bentzen** den dortigen Arbeitersekretär Herrn Dr. Winter, weil dieser angeblich fremde Rechtsangelegenheiten gewerksmäßig besorge, zur Anmeldung des Arbeitersekretariats als eines Gewerbebetriebes durch Geldstrafen zu zwingen sucht? Und was gedenkt der Herr Reichskanzler dagegen zu thun?“

Die Bündler für Punkt 10 des Erfurter Programms. Eine Versammlung des Bundes der Landwirte, die sich gegen jede Erhöhung der Getreidezölle ausgesprochen hat, ist dieser Tag in dem Dorfe Königshain bei Görtlich abgehalten worden. Nur eine einzige Stimme erhob sich gegen die einstimmig angenommene Resolution. „Die am 11. Februar 1902 im Fürstentum zu Königshain tagende öffentliche Versammlung des Bundes der Landwirte rüchdt die Regierung: Da die Zolltarifvorlage für das ganze Volk verderblich wirkt, dieselbe abzulehnen, möglichst gegen alle indirekten Steuern und für Einführung

einer direkten progressiven Reichseinkommensteuer einzutreten.“ Der Wandereidner des Bundes hatte versucht, durch vorzeitigen Schluß der Versammlung die Annahme der Resolution zu verhindern.

Die Budgetkommission des Reichstags setzte gestern die Beratung des Etats für die Expedition nach Ostasien auf das Rechnungsjahr 1902 fort. — Abg. Stockmann (Reichsp.) regt an, das Demobilisierungsgeld von diesem Etat abzusetzen und auf die Kriegsanleihe zu übernehmen. — Geheimrat Herz befragt diese Anregung. — Die Forderung von 154 000 Mk. für ein neues Kammergebäude für das Velleidungsamt der ostasiatischen Befehlsbrigade führt zu einer längeren Debatte. Der Posten wird schließlich von dem Etat der ostasiatischen Expedition abgesetzt und soll in den Militäretat eingestellt werden. — Abg. Gasse (nat.-lib.) bemängelt die Velleidung der deutschen Truppen in Schanghai. Die Presse habe berichtet, „man rieche die deutschen Soldaten auf 10 Savitt“. Von der Regierung wird eine schlechte Velleidung der Truppen in Abrede gestellt. — Auf Antrag Stockmann werden von den einmaligen Kosten in Höhe von 950 000 Mk. gemäß Richters Vorschlag 404 000 Mk. abgesetzt und nur 546 000 Mk. bewilligt mit allen gegen die vier sozialdemokratischen Stimmen.

Abg. Richter (freis. Vp.) giebt der Uebersetzung Ausdruck, daß in Angliederung an die Marine und in Form einer Schutztruppe eine dauernde Kolonialarmee geschaffen werden solle. — Abg. Müller-Fulda (Centr.) erklärt sich für Richters Vorschlag, insgesamt für Ostasien pro 1902 nur 20 Millionen zu gewähren und in einer Resolution den Reichskanzler zu ersuchen, auf eine baldige Verminderung der Besatzungsstruppen in Ostasien Bedacht zu nehmen. — Staatssekretär Freiherr v. Rüdthofen stellt fest, daß Frankreich in Putschli zur Zeit 2730 Mann, Rußland in Niutschwang allein 2700 Mann stehen habe. Die politischen Erwägungen müßten ausschlaggebend sein für die Höhe des Bestandes der Besatzungsbrigade.

Abg. Arendt (Rp.): Durch die Anträge werde die auswärtige Politik vinctuliert. Wir müßten entweder uns entscheiden für den Grundloß: Hände weg, von der Weltpolitik! oder alles Gewünschte bewilligen. — Abg. Dr. Gasse (nat.-lib.) spricht sich für den Antrag Richter auf Bewilligung von 20 Millionen, und für die milde Resolution Bachem aus. — Auch Abg. Freese (freis. Vp.) erklärt sich für den Antrag, der ja auch dem Kriegsminister genehm zu sein scheint. Der Minister beirteilt dies.

Staatssekretär Frhr. v. Rüdthofen erachtet die Streichung für ganz schematisch, nach außen wirke sie aber peinlich.

Abg. Richter (freis. Vp.): Die Streichung wirke doch nach außen nicht anders, als die Erklärung des Reichskanzlers, daß wir so bald als möglich aus Putschli herauswollen. Deutschland zable die höchsten Kosten für Putschli, obgleich doch nicht einmal besondere deutsche Interessen wahrzunehmen seien. Von einem Pauschquantum könne doch nur ein Pauschquantum gestrichen werden.

Abg. Graf Roon (konf.) versteht nicht, wie so viel gespart werden könnte. Die Aktion der Regierung würde dadurch gelähmt werden. Er sei gegen alle Abstriche und Resolutionen.

Abg. Dr. Stockmann (Reichsp.) erachtet die von Richter vorgeschlagene Streichung für wirkflich, die Resolution für ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung. Deshalb sei er dagegen.

Abg. Dr. Gasse (nat.-lib.) will sich der Abstimmung enthalten, weil das englisch-japanische Abkommen noch nicht diskutiert worden sei.

Für die volle Forderung des Etatsentwurfs von 24 900 000 Mark stimmen nur 8 Kommissionsmitglieder (die Konservativen und Abg. Prinz Arendt) für den Antrag Richter auf Bewilligung von 20 Millionen Mark alle Abgeordneten außer den Sozialdemokraten und Abg. Dr. Gasse, der sich der Abstimmung enthält. Nach diesem Antrag werden also 4 900 000 Mark gestrichen und 20 Millionen bewilligt. Die Resolutionen Bachem und Richter werden abgelehnt.

Abg. Richter beantragt, die Forderung von 1 Million an außergewöhnlichen Mehrlöhnen der auf der ostasiatischen Station befindlichen Schiffe z. ganz zu streichen, da die Forderung aus dem laufenden Marineetat bestritten werden müsse. Ein Antrag Stockmann, nur 300 000 Mk. zu streichen, wird mit allen gegen 10 Stimmen (der Konservativen, der freisinnigen Vereinigung, der Nationalliberalen und des Abg. Prinz Arendt) abgelehnt und sodann der Antrag Richter, die ganze Forderung von 1 Million zu streichen, angenommen.

Eine Anregung des Referenten, die Kosten der Rechnungsprüfung um 35 000 Mk. zu kürzen, wird nach lebhaftem Widerspruch aus der Mitte und von der Linken der Kommission durch Annahme der ganzen Forderung erledigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr. (Zuvaldenfonds und Reichseisenbahnen.)

„Bülow'scher als Bülow“ ist der Abg. Dertel. Er hat am Dienstag in einer Versammlung des Berliner deutsch-konservativen Wahlvereins erklärt: „Sie dürfen überzeugt sein — und darin ist sich die ganze konservative Partei einig —, daß wir beschlossen haben, diesen Zolltarif, wenn er nicht anders gestaltet werden könnte, abzulehnen! Der Zolltarif, wie er ist, bleibt unannehmbar für uns. Wir steigen ja durchaus nicht in Opposition zum Grafen Bülow. Wir sind nur konsequenter als er. Er hat unser Schlagwort von der Heimatspolitik übernommen — nun dürfen wir ihn auch nicht im Stiche lassen und müssen ihm das Rückgrat stärken. Da sind wir vielleicht bülow'scher als Bülow; aber der Kanzler hat uns ja diesen Weg gewiesen! Also Unhängerschaft an ihn ist es, wenn wir den Tarif ablehnen.“

Der liebedeuerliche Kanzler mit dem butterweichem Agrarierherzen hat nun zum Schwaben den Spott.

Zur Reichstagswahl in Oding-Marienburg hatten Bündler und konservative verschiedene Kandidaten in Aussicht genommen. Die ersten den Gutsbesitzer Oldenburg-Fanischau, die zweiten den Fürsten zu Dohna. Darüber erhob sich ein hitziger Bruderkrieg und es blieb sogar, die gemäßigten Konservativen würden aus Abneigung gegen den Herrn Oldenburg bei einer Stichwahl zwischen diesem Kandidaten und dem Sozialdemokraten sich der Abstimmung enthalten. Indessen teilt das Bündlerblatt jetzt triumphierend mit, die Kandidatur des Fürsten zu Dohna gehöre verens der Vergangenheit an. Der Fürst sei nicht mehr geneigt, eine Kandidatur anzunehmen. Ob das Wahrheit oder Stimmungsmache ist, wird die nächste Zeit lehren. Auch die Nationalliberalen haben jetzt einen Kandidaten aufgestellt, Justizrat Wagner.

Militärgerichtliches. Das Kriegsgericht in Thorn verurteilte den Unteroffizier Paul Gust vom 17. Pionierbataillon wegen Achtungsverletzung, Beharrung im Ungehorsam und

Widerstandlichkeit zu 2 Jahren Gefängnis und Degradation. ... hatte einen Inspektionsauftrag auf der Straße ...

Wahlkatalog in West-Ost. Aus Königsberg wird uns ... Die Wahlbewegung im Kreise ...

Wie das selbstverständlich ist, sind unsere Genossen als die ... auf dem Plane erschienen. Schon am Sonntag wurden ...

Gefürchtet wird von den Brotwuchern nur die Sozial- ... demokratische. In ihrem Wahlausflug heißt es:

Mehr denn je ist es patriotische Pflicht, in den Wahlkampf ... einzutreten, da die einzige Feindin, die Sozialdemokratie, ...

Über auch an die der Sozialdemokratie nicht ergebenden ... liberalen Mitbürger richten wir die herzlichste Bitte, unseren ...

Auf ihren Kandidaten werden die Freisinnigen zwar nicht ... verzichten, aber herauszuholen werden sie voranschreitend auch bei ...

Kleine politische Nachrichten. Der albanische Gesandte in ... Petersburg ist gestorben. Dieser Tod kommt der albanischen ...

Großbritannien. Von den Liberalen.

Leicester, 20. Februar. Die gestrige Versammlung des ... Gesamtverbandes der nationalen liberalen ...

Spanien. Barcelona.

Vergebens wartet man auf spezielle Berichte aus Barcelona. ... Die Censur verflüchtigt fortgesetzt die Berichte auf das ...

Sogar das offiziöse Wolff-Bureau, das nur die von der ... Censur redigierten Berichte verbreitet, stellt fortwährend ...

Der Senat hat endgültig die Vorlage wegen Aufhebung der ... verfassungsmäßigen Garantien in Barcelona angenommen. ...

Reichstag.

147. Sitzung. Mittwoch, den 10. Februar 1902, 1 Uhr. Am Bundesratsitz: v. Gohler.

Die Zweite Lesung des Militärvertrags

Abg. Gröber (Centr.): Die gestrige Rede des Herrn Romen ... erinnerte an das Waldhoyer eines Staatsanwalts vor den ...

Abg. Haase (Soz.): Solange der Geist des Herrn Romen im ... Kriegsministerium waltet, werden sich die Mängel der Militär- ...

Abg. Graf Roon (kon.): Wendet sich gegen die gestrigen ... Behauptungen des Abg. Bebel. Bebel's Weisheit über ausländische ...

Abg. Berner (Antik.) bittet die Heeresverwaltung, beim Mieten ... von Gespannen mit den Bauern direkt abzuschließen.

Abg. Auwert (Soz.): Die Erklärung des Herrn v. Tappeler ... daß sich die von Herrn Viebahn angegebene Biffer für die ...

Gerichte immer geneigt sein, die Oeffentlichkeit auszuschließen. ... durch eine Revision der Militärstrafprozedur nötig, ebenso ...

Abg. Vech (freis. Vp.) führt eine große Reihe von Fällen ... an, die den unheilvollen Einfluß der Gerichtsherren darlegen ...

Abg. Dr. Müller-Meinungen (freis. Vp.): Der Kommissar des ... Reichsmilitärgerichts hat hier alles, was behauptet worden ist, ...

Der Vertrauens in die Militärjustiz ist schon gering genug, ... und die Militärverwaltung sollte alles thun, um dieses Vertrauen ...

Kriegsminister v. Gohler: Infolge Anschließens des Falles ... Hidel-Marten werde ich wohl noch einige Zeit auf die Festlegung ...

Abg. Schlumberger (Hospital der Nationalliberalen) bittet ... unter stürmischer Heiterkeit des Hauses die Abgeordneten, die ...

Abg. Graf Roon (kon.) wendet sich gegen die gestrigen ... Behauptungen des Abg. Bebel. Bebel's Weisheit über ausländische ...

Abg. Berner (Antik.) bittet die Heeresverwaltung, beim Mieten ... von Gespannen mit den Bauern direkt abzuschließen.

Abg. Auwert (Soz.): Die Erklärung des Herrn v. Tappeler ... daß sich die von Herrn Viebahn angegebene Biffer für die ...

Wenn man die bayerischen Verhältnisse verallgemeinert, so ... würden sich ungefähr 880 Fälle von Mißhandlungen im Jahre ...

Hierzu eine Beilage.

Veranstaltungskalender.

Donnerstag: Verein Vorwärts, Leipzig-Süd. Gambernuss an Connewitz. Abends 7 1/2 Uhr.

Theatervorstellungen.

Neues Theater. Donnerstag den 20. Februar: 49. Abonn.-Vorstellung (1. Serie, grün): Schauspiel der Frau Käthe Brand.

Table listing cast members for 'Die goldene Eva' at Neues Theater, including Frau Eva, Barbara, and various supporting roles.

Frau Eva - Frau Käthe Brand, als Gast. Nach dem 2. Akt findet eine längere Pause statt. Einlass 7 1/2 Uhr.

Altes Theater.

Donnerstag den 20. Februar: Jadviga. Operette in 3 Akten frei nach Scire von P. Birkberger und Robert Bohl.

Eine Köchin, Thaisio, Vage, Der kleinste Page, Erster Page, Zweiter Page, Balna, Arbeiter, Dieners.

Nach jedem Akt findet eine längere Pause statt. Einlass 7 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Küchenzettel der Rädtischen Speiseanstalten. Freitag: Speiseanstalt I (Johannplatz): Röhre mit Schwarzkraut.

Turn-Verein Vorwärts Leipzig-Süd. Sonnabend den 22. Februar 1902 abends 8 Uhr. Grosser Humorabend mit Kappenball.

Wettiner Hof, Lindenau. 53 Merseburger Strasse 53. Sonntag den 23. Februar. Grosses Bockbierfest.

Gastwirtschaft zum Täubchen, Leipzig-Anger. Freitag und Sonnabend. Humor. Bockbierfest.

R. Becker, Uhrmacher Leipzig, Ranstädter Steinweg 33. Uhren, Goldwaren, nur solide Ware, billige Preise.

Konkursmasse-Ausverkauf. Die grossen Lagerbestände in Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderobe.

Konkursmassen-Ausverkauf. Die grossen Lagerbestände in Kinder- und Wirtschaftsschürzen sowie Wollunterwärdern.

Gummi-Waren aller Art Carl Klose. Verkaufshaus Leipzig, 5 Brühl 5.

Ein Brot umsonst. ab 10 Pfd. Kartoffeln od. 2 Pfd. Mehl od. 2 Pfd. Quark od. 2 Pfd. Milch od. 3 Pfd. Butter od. 1/2 Mdl. Eier od. 3 Flaschen Bier bei Einkauf von 1 Pfd. Mohrrutten od. 1 Mdl. 1 Mdl. bei Hechts-Molk., Naust. Steinweg 26.

Buchhandlg. Arth. Gasch. Burgstr. 25 (neben d. Thür. Hof). Bücher, Zeitschriften, Karten, etc.

Billige Fische. Schellfisch ohne Kopf, Pfd. 30 Pf. Cablian ohne Kopf, Pfd. 25 Pf.

Seefische empfiehlt [1610]. Deutsche Dampfmühlerei-Gesellschaft Nordsee. 25 Reichsstrasse 25.

Billige Fische! Schellfisch, Pfd. 20 bis 25 Pf. Cablian und Zander empfiehlt billigst [1612]. Robert Funke, Lindenau.

Gartengeräte. Sägen, Beile, Hobel, Wasserwagen, Spitz- u. Radehacken, Schaufeln und Spaten.

Möbel- und Baubeschläge. Alwin Richter Eisenwarenhandlung. Reudnitz, Dresdener Str. 37 nahe am Rathaus. [791]

Damenbinden. Gummifäden für Maschin- und Handweberei. [8110]

Cigarren, Cigaretten und Tabak empfiehlt [6727]. E. Kriebler, 2. Plagwitz.

Vogelfutter. Märek, Samenhandl., Lind., Markt 5.

Monatsgarderobe. J. Kindermann, Salzgraben 9, 1. am Markt u. Rathaus.

Episierkartoffeln. mehricht, 10 Pfd. 25, Wege 15 Pfd. Robert Funke, Lindenau.

Altes Gold. kaufte, höchst. Verfein. Uhrmacher Booker, Naust. Steinweg 38.

Reparatur-Werkstatt für Nähmaschinen aller Systeme Singer Co. Nähmasch.-Akt.-Ges. Leipzig, Augustusplatz 1.

Zur gefl. Beachtung! Alle von anderen Nähmaschinen-Geschäften unter dem Namen 'Singer' angebotenen Maschinen sind einem unserer älteren Systeme nachgebaut.

Diverse Sachen: 1 eiserne Klappbettstelle, 2 elf. u. 3 Kotosabtreter, 1 Strohmatt, 2 Blumenständer, 1 Messerputze, 1 Cterprüfungsampe, 1 Menage, 1 Spiegel, 1 Kleider- u. 1 Kleiderbügel, 2 Decken, 1 Aufhängewand, 1 Fahrdräher, 12 Messing-Lugeln, 2 Hartgummifug, 4 40 mm Durchm., u. 85 Stahlstangen, 19 mm Durchm., 10 Decken, 1 Bilder, Rahmen u. c. preiswert zu verkaufen.

Neugebauer, stad. gebild., prakt. u. handl. u. gew. Praktikum d. Homöopathie u. Naturheilmethoden, früher an Dr. Willm. Schwabes Poliklinik, beidh. u. langj. Erf. Geschlechtskrankh., N. u. Fr., Wunden, Mieren-, Magen-, Darm-, Haut-, Leiden, Krampfaderngeschwüre u. c. mit nachw. sich vorzüglichem Erfolge. Reichstr. 33/35. Sprechst. 9-12 u. 5-8. Sonnt. 10-11 u. ausm. briefl.

Für Frauenleiden. J. H. Gossmann [1422] Leipzig-Lindenau, Josephstr. 34.

Sweaters! Einen grossen Vorrat Herren- und Knaben-Sweaters gibt unter Herstellungspreis, auch im Einzelnen, ab die Fabrik Weststr. 67, pt. Comptoir. P. S. Schön von A. 1.25 in Dextergrossen ab. Für Wiederverkäufer u. Vereine extra billige Preise.

Buchhandlung Arth. Gasch. jeht Burgstr. 25 (neben d. Thür. Hof). Reich ausgestattetes Lager billiger Geschenklitteratur Postkarten-Albuns etc. zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Gebr. Singer-Nähmaschinen von 15 Mt. an. Reparatur u. Ersatzteile billig. Kleinverf. d. Original-Victoria. Lehrkurse in der modernen Kunstnäher. H. Schuhe, Peterstr. 34, im Hof.

Ditom, 25, Bettstr. m. Matr. 10 A, Schranke, Vertikals. Burgstr. 9, 1. Herrenanzüge 20 Mt., Damenanzüge 15 Mt., woch. 1 Mt. Reudn., Kapellenstr. 3.

Fl. Produktengeschäft mit Schokolade zu vert. Cff. u. S. 18 an d. Cpp. d. Bl. Produktengeschäft bill. zu verkaufen. Näh. Anger, Bernhardsstr. 20, I. b. Folgt.

Veiten, Tisch, Sofa u. versch. u. ist bill. zu verkaufen. Lindenau, Elisabethstr. 8. Auktionsl. 15. Kinderf. m. Matr. u. Himmel 8 A. d. Longe, Grimm. Steinw. 15.

Kleiderschrank, Vertikals, Rohrleinstuhl, neu, spottbillig. Nikolaisstr. 10, [1807] Gelegenheitskauf! Ottomans (dunkelgr.), wie neu, f. 16 Mt. Dufourstr. 34, Sout.

Rot. Bett, 9 A, 10 A, 11 A, 12 A, 13 A, 14 A, 15 A, 16 A, 17 A, 18 A, 19 A, 20 A, 21 A, 22 A, 23 A, 24 A, 25 A, 26 A, 27 A, 28 A, 29 A, 30 A, 31 A, 32 A, 33 A, 34 A, 35 A, 36 A, 37 A, 38 A, 39 A, 40 A, 41 A, 42 A, 43 A, 44 A, 45 A, 46 A, 47 A, 48 A, 49 A, 50 A, 51 A, 52 A, 53 A, 54 A, 55 A, 56 A, 57 A, 58 A, 59 A, 60 A, 61 A, 62 A, 63 A, 64 A, 65 A, 66 A, 67 A, 68 A, 69 A, 70 A, 71 A, 72 A, 73 A, 74 A, 75 A, 76 A, 77 A, 78 A, 79 A, 80 A, 81 A, 82 A, 83 A, 84 A, 85 A, 86 A, 87 A, 88 A, 89 A, 90 A, 91 A, 92 A, 93 A, 94 A, 95 A, 96 A, 97 A, 98 A, 99 A, 100 A.

Vermischte Anzeigen. Sumpfhühner. Von nächsten Sonnabend ist der Hühnerstall von dem östlichen nach dem westlichen Teil verlegt.

Belzfärber. sehr geübt im Streichen u. Spigen von Marmeln bei hohem Lohn für Berlin sofort gesucht.

Hausierer für brauchbaren patentierten vierfel. Winkel gefund. Anger, Freimannsdorfer Str. 44, 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

Wohnungsanzeigen. 1 Logis, IV. St., bis 1. April zu vermieten Kleinschöcher, Schöner Weg 5, pt.

Familienanzeigen. Ihrem lieben Papa grat. zum Geburtstag Mama, Trudchen u. Willy Gentel.

Familienanzeigen. Herrn Frutchen ein 99999 mal donnerndes Hoch.

Familienanzeigen. Ernst Naumann in Albertsberg d. b. d. Glöck. u. h. Tage. Albert, Anna u. Mutter.

Familienanzeigen. D. Schick zum 20. Geburtstag ein dreifach donnerndes Hoch. Die Durstigen.

Familienanzeigen. Frau Gähler z. Geburtstag ein dreimal donnerndes Hoch. Familie Krefsch.

Familienanzeigen. Ihrer Mutter V. Krabs zum 48. Geburtstag ein donnerndes Hoch. Die Soc. Familie.

Familienanzeigen. Ihrer lieben Bertha gratuliert zum 47. Geburtstag Die Vere.

Familienanzeigen. Fr. Eduard Schulze die herz. Glückw. heut. Tage senden Die Freunde Schulze.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 19. Februar.

46. Sitzung der Zweiten Kammer.

Die Tagesordnung lautet: Schlussberatung über den Bericht der Finanzdeputation A über Kapitel 94 bis 101 des Staatshaushaltsetats für 1902/03, Gymnasien, Seminare, Volksschulen zc. betreffend und die damit zusammenhängenden Titel 17 und 18 des außerordentlichen Staatshaushaltsetats, den Erweiterungsbau beim Seminar in Hschopau und der Turnlehrerbildungsanstalt in Dresden betreffend.

Gymnasien, Realgymnasien, Realschulen.

In dem gedruckt vorliegenden Berichte wird u. a. auch nach den Vorschlägen der Regierung eine Erhöhung der Gehalte für die Lehrer an Realschulen beantragt. Nach der vorgeschlagenen Staffel sollen die Anfangsgehälter unverändert bleiben; vom neunten Dienstjahre ab soll jedoch eine Erhöhung in der Weise eintreten, daß der Höchstgehalt nach dem 24. Dienstjahre statt wie bisher 1800—5400 5400—6000 Mk. beträgt. Die Direktoren sollen eine Zulage von jährlich 300 Mk. erhalten und die technischen Lehrer bei gleichbleibendem Anfangsgehalt nach 24-jähriger Dienstzeit einen Höchstgehalt von 4200 Mk. statt wie bisher 3000 Mk. beziehen. Den wissenschaftlichen Lehrern an den Realgymnasien soll ebenfalls je nach der Stelle der Endgehalt auf 5400—6000 Mk. erhöht werden, während die Endgehälter der Restoren eine Steigerung von 6000 auf 7200 Mk. erfahren sollen. Die technischen Lehrer sollen hier den 4200 Mk. betragenden Höchstgehalt statt wie bisher in 30 jetzt in 24 Jahren erreichen. Diese Gehaltserhöhungen sollen jedoch aus Sparmaßnahmen erst im Jahre 1903 in Kraft treten. Aus denselben Gründen wird ferner beantragt, daß die Gemeinden, die auf Staatsunterstützung Anspruch machen, mindestens ein jährliches Schulgeld von 120 Mk. erheben müssen.

Abg. Härtwig (Berichterstatter) fügt dem vorliegenden schriftlichen Berichte noch hinzu, daß sich die Gesamtausgaben für alle Bildungsanstalten von 6 Millionen im Jahre 1884 auf 19 1/2 Millionen im Etatsjahre 1902/03 erhöht haben. Daraus ersehe man, daß beinahe die Hälfte der Staatssteuern für die Bildungsanstalten verausgabt würden. Die rapide Steigerung dieser Ausgabe hätte wesentlich mit zu der jetzigen ungünstigen Gestaltung unserer Finanzen beigetragen. Jetzt aber sieht man vor der Notwendigkeit, Abhilfe vorzunehmen, um die sonst noch notwendigen Zuschläge zur Einkommensteuer möglichst zu vermeiden. Es sei der Deputation nicht leicht geworden, das Inkrafttreten der vorgeschlagenen Gehaltserhöhungen hinauszuschieben, aber es sei im Hinblick auf die ungünstige Finanzlage notwendig gewesen. Aus den gleichen Gründen sei es auch nicht möglich gewesen, einige der vorliegenden Petitionen zu berücksichtigen.

Abg. Kollfuß (nat. lib.) wünscht, daß die den Neu-Philologen bei Studien im Auslande zugesicherte Unterstützung auch den Alt-Philologen zugewendet werden solle, wenn sie sich zu Studienzwecken nach Griechenland oder Rom begeben. Den Realschullehrern habe man große Freude bereitet, daß man ihre Wünsche bezüglich der Gehaltserhöhung großartig berücksichtigt habe. Der Redner bringt sodann noch eine große Anzahl Wünsche in Bezug auf Einrichtung und Lehrfähigkeit in den höheren Bildungsanstalten vor und bedauert, daß man keine Mittel zur Erhaltung der interessanten Schulruine in Wehlen bewilligen könne.

Abg. Weidberg (nat. lib.): Es sei leider ein großer Mangel an Realschullehrern zu konstatieren. In Grimma habe sich dieser so fühlbar gemacht, daß man genötigt gewesen sei, Lehrer mit seminarklassischer Bildung anzustellen. Es sei nötig, daß der Staat höhere Beihilfen für Realschulen und ähnliche Bildungsanstalten gewähre, damit dem Uebel durch Erhöhung der Gehalte für diese Lehrer gesteuert werden könne.

Staatsminister Dr. v. Seydewitz: Im Etat siehe nichts, daß die für Studien im Auslande aufgeführten Zuwendungen nur den Neu-Philologen gewährt werden sollen. Dem Abg. Weidberg entgegne er, daß höhere Mittel aus der Staatskasse für höhere Schulen nicht bewilligt werden könnten. Den Gemeinden sei es aber unbenommen, bei Gehaltserhöhungen für Realschullehrer über das gesetzliche Minimum hinauszugehen. (Heiterkeit.)

Abg. Spieß (konf.) bedauert, daß man die Gehaltserhöhungen bis zum Jahre 1903 hinausschieben wolle. Wenn man einmal Erhöhungen bewilligt, sollte man sie auch für die ganze Etatsperiode gewähren.

Abg. Behrens (konf.) wünscht, daß die Regierung Maßnahmen treffe, damit sich junge Mädchen die Gymnasialbildung aneignen könnten.

Staatsminister Dr. v. Seydewitz: Der Abg. Behrens habe die Frage der Frauenbewegung angeschnitten. Was ist denn die heutige Frauenbewegung? Ich glaube, daß unter dieser Bezeichnung sehr verschiedene Bestrebungen zusammengefaßt werden. Das Wort Frauenbewegung ist eins von den vielen Schlagwörtern, wie sie im öffentlichen Leben der Gegenwart so vielfach gebraucht werden. Der eine versteht darunter dieses, der andere etwas anderes. Es gibt eine Art Frauenbewegung, die ich für gerecht-

fertigt anerkenne und die zu fördern ich bereit bin; es giebt aber auch eine Art, die mir außerordentlich unympathisch ist. Es handelt sich nun darum, welche staatlichen Mittel für das Frauenstudium aufzuwenden sind. Nach meiner persönlichen Auffassung handelt es sich hier lediglich um ein Experiment, und ich glaube, daß der Staat nicht verpflichtet ist, dieses Experiment unmöglich zu machen oder zu erschweren. Der Staat kann aber erst dann zum Frauenstudium Mittel bewilligen, wenn sich ein dringendes Bedürfnis bemerkbar macht. Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet das Ministerium diese Angelegenheit.

Wir haben von jeder gegen das Frauenstudium eine freundliche Stellung eingenommen, wie verschiedene Verordnungen beweisen. Vor mehreren Jahren war es überhaupt unstatthaft, daß Frauen die Vorlesungen der Universität in Leipzig anhörrten. Wenn es doch geschehen ist, so ohne die Zustimmung des Kultusministeriums. Seit 3 oder 4 Jahren ist jedoch durch Verordnung den Frauen der Zutritt zu den Hörsälen der Universität geöffnet. Davon haben im ersten Jahre 29 und in diesem 70 Frauen Gebrauch gemacht. Von den 70 bestehn nur 7 die sächsische Staatsangehörigkeit. (Unruhe.) Demnach wird sich die Zahl der weiblichen Hörerinnen aber bedeutend vermehren. Der Hauptbestand der studierenden Damen besteht aus Russinnen. Diese sind bisher auf Grund von Reisezeugnissen der russischen Mädchengymnasien zugelassen worden. Nachdem sich aber herausgestellt hat, daß die russischen Mädchengymnasien nicht als gleichwertig mit den deutschen angesehen werden können, ist verfügt worden, daß russische Damen auf Grund dieser Zeugnisse nicht mehr zugelassen werden dürfen.

Bei Zulassung der Frauen zum Studium sei zu bedenken, daß die Universität in erster Linie den Männern zur Verfügung stehen solle und es müsse darauf gesehen werden, daß das Studium der Männer nicht durch eine zu große Zahl weiblicher Zuhörer beeinträchtigt werde. Nachdem die Frauen als Hörer an der Universität zugelassen seien, sei es auch ratsam, Prüfungen für Damen einzurichten. Der Redner verbreitet sich alsdann ausführlich über das Prüfungsverfahren und die Resultate der vorgenommenen Prüfungen. Eine Bedingung für die Zulassung zur Prüfung sei der Besitz der sächsischen Staatsangehörigkeit. Gegenwärtig er könne ein allgemeines Bedürfnis zur Gewährung von Staatszuschuß für das Frauenstudium nicht erblickt werden. (Beifall.)

Abg. Hänel (konf.): Die Bildungsanstalten bilden das wichtigste Kapitel für die Staatsausgaben, die Abstriche seien nicht nur nötig gewesen, man werde auch berechtigter Wünsche unter den gegenwärtigen Verhältnissen zurückgehen müssen. Deshalb sei es bedauerlich, wenn man, wie das heute wieder geschehen sei, Hoffnungen erwecke, die angesichts der ungünstigen Finanzlage nicht erfüllt werden könnten.

Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. Kollfuß, Enke und Behrens und des Berichterstatters gelangt man zur Abstimmung. Für Fürsten- und Landesschulen werden die Einnahmen mit 179 540, die Ausgaben mit 205 080 Mk., für andere Gymnasien und Realschulen die Einnahmen mit 456 952 Mk., die Ausgaben mit 1 582 164 Mk. bewilligt; außerdem noch für persönliche und sachliche Ausgaben 188 682 Mk. Bei Kapitel 94 C, allgemeine Ausgaben zu Zwecken der Gymnasien u. s. w., werden 518 800 Mark zu sachlichen und persönlichen Ausgaben bewilligt. Darauf erteilt die Kammer einstimmig die Genehmigung zu den Gehaltserhöhungen, bestätigt den Beschluß der Deputation, daß das Schulgeld mindestens 120 Mark betragen solle und beschließt dem Deputationsantrage gemäß, daß die Gehaltserhöhungen erst vom 1. Juli 1903 ab in Kraft treten sollen.

Seminare.

Der Berichterstatter Abg. Härtwig weist kurz auf den Lehrermangel hin und erucht die Regierung um nähere Aufschlüsse.

Staatsminister Dr. v. Seydewitz: Was den Lehrermangel anbetreffe, so müßte er zunächst feststellen, daß dieser in keiner Weise auf einen Mangel der Seminaraspiranten zurückzuführen sei. Der Redner weist darauf zahlenmäßig nach, daß sich jedes Jahr weit mehr junge Leute zur Aufnahme in die Seminare gemeldet und die Prüfung bestanden haben, als man hätte aufnehmen können, der Zubrang zu den Seminaren sei größer denn je, trotzdem würde immer wieder von Männern, die mitten im Schulwesen stehen, behauptet, daß ein Mangel der Lehrerschaft zu konstatieren sei, weil die Forderung zu gering und die herrschende Situation für einen Lehrer unwillig sei. Wie falsch diese Behauptungen sind, zeigt der Zubrang zu den Seminaren. Der Lehrerberuf sei ein angesehener und er werde gern gewählt, weil man in ihm nach nur kurzer Vorbereitungszeit zu einem sicheren Einkommen gelangen könne. Was nun die Höhe dieses Einkommens anlange, so müsse darauf hingewiesen werden, daß man nur immer mit den Minimalgehalten operiere, aber selbst in der vorliegenden Petition um Gehaltserhöhung der Volksschullehrer werde zugegeben, daß 75 Prozent der Lehrer Bezüge haben, die den Minimalgehalt zum Teil wesentlich übersteigen. Ich muß deshalb betonen, daß diejenigen Lehrer, die wegen angeblich zu niedriger Bezüge vor der Wahl des Lehrerberufs warnen, ein sehr leichtfertiges Spiel treiben. Bis jetzt sind diese Warnungen ja ohne jeden Erfolg gewesen, wenn aber beharrlich

in dieser Weise fortgefahren werde, sei wohl möglich und denkbar, daß der Lehrermangel zu einer dauernden Katastrophe werden könne. Würde wirklich eine Verminderung der Seminaraspiranten zu verzeichnen sein, so würden die die Verantwortung tragen, die unausgeseht vor der Wahl des Lehrerberufs warnen.

An positiven Thatsachen zur Erklärung des Lehrermangels sei anzuführen die ziemlich erhebliche Sterblichkeit unter den Lehrern, die etwa 2 1/2 Prozent betrage, ferner der Umstand, daß sich Volksschullehrer dem Univeritätsstudium zuwenden, der jetzt seit kurzer Zeit bestehende einjährige Militärdienst der Volksschullehrer und die starke Vermehrung der Bevölkerungszahl in Sachsen. Betrage doch die jährliche Zunahme der schulpflichtigen Kinder 16—18 000. Trotz des fühlbaren Lehrermangels sei es noch immer möglich gewesen, alle Lehrerstellen zu besetzen, das sei freilich nur durch Zuziehung von Seminaristen gelungen. So hätten 1900 von den freigeordneten Lehrerstellen 182 mit Seminaristen besetzt werden müssen, 1901 249 und für Ostern 1902 werde man 232 Lehrerstellen mit Seminaristen besetzen müssen.

Die Regierung habe alles gethan, den Lehrermangel zu beseitigen. Es seien neue Lehrerseminare errichtet und eine Anzahl der vorhandenen erweitert. Der Redner giebt ein Bild von den Seminarbauten. Bei allen diesen Bauten, das wolle er hervorheben, seien die Vorkursarbeiten nicht um einen Pfennig überschritten worden. (Bewegung und Bravo!) Zum Schluß übrt der Kultusminister noch die Hoffnung aus, daß der Lehrermangel nur eine vorübergehende Erscheinung sei, die in den nächsten Jahren schon verschwinden werde. (Beifall.)

Darauf werden bei den Seminararbeiten die Einnahmen mit 126 870 Mk. und die Ausgaben mit 28 685 Mk. und für Verbesserungen, persönliche und sachliche Ausgaben 2083 772 Mk. bewilligt. An allgemeinen Ausgaben zu Zwecken der Seminare werden 7500, 6000, 9000 und 133 650 Mk. genehmigt, die geforderten 7400 Mk. für Areal zu einem Seminar in Hschopau jedoch abgelehnt. Titel 17 des außerordentlichen Etats, die Errichtung eines Seminars in Hschopau, wird genehmigt und die zu diesem Zweck eingestellten 215 200 Mk. bewilligt.

Volksschulen.

Abg. Kollfuß ist nicht mit der im Deputationsbericht zum Ausdruck gebrachten Ansicht einverstanden, die Gehälter der Lehrer nach deren Tüchtigkeit zu bemessen. Bedauerlich sei, daß der in der Petition des sächsischen Schullehrervereins zum Ausdruck gebrachte Wunsch, den Höchstgehalt der Lehrer auf 2700 Mk. zu erhöhen, nicht erfüllt werden könnte.

Staatsminister v. Seydewitz: Die Regierung teilt in der vom Berichterstatter erwähnten Frage durchaus den Standpunkt der Deputation. Wollte man alle in der Petition geäußerten Wünsche befriedigen, würde eine Mehrausgabe von 1700 000 Mk. zu verzeichnen sein. Solche Mehrausgaben seien zur Zeit ausgeschlossen. Er wolle noch darauf hinweisen, daß die fleißige Erhöhung der Ausgaben für die Bildungsanstalten hauptsächlich auf die Volksschule kommen. Der Redner sucht dieses äffernmäßig darzutun. Er belege die Steigerung dieser Ausgaben nicht, denn dadurch seien die Gemeinden vielfach entlastet worden. Es zeige sich aber, daß die von sozialdemokratischer Seite oft erhobenen Vorwürfe, die Volksschule sei das Aushenbrödel unter den Bildungsanstalten, hinfällig seien.

Abg. Töpfer beklagt, daß noch immer verschiedene Lehrbücher in sächsischen Volksschulen eingeführt seien; insobedessen erwachse oft Beamten, die häufig verfehrt würden, erhebliche Ausgaben, die leicht vermieden werden könnten, wenn nur eine Sorte Lehrbücher zugelassen werde.

Staatsminister v. Seydewitz weist darauf hin, daß schon vor einem Jahre diese Frage durch eine Verordnung geregelt worden sei.

Nach kurzen unwesentlichen Bemerkungen der Abgg. Kentsch, Gräfe und Hänel weist der Berichterstatter in seinem Schlußwort noch darauf hin, daß die Schulbücherfrage wohl geregelt, aber den Schulbehörden zwischen einigen Lehrbüchern die Wahl gelassen worden sei. Die Bemessung der Lehrergehälter nach der Tüchtigkeit habe er empfohlen, um zu verhüten, daß der Elfer erhalte.

Kummern werden bei den Volksschulen die Einnahmen mit 48 750 Mk. und die Ausgaben mit 8 543 885 Mk. bewilligt. Die Petition des sächsischen Lehrervereins läßt man auf sich beruhen, ebenso eine solche des Lehrer Bohn in Radeburg.

Darauf werden ohne Debatte bewilligt 60 000 Mk. für den Umbau der Turnlehrerbildungsanstalt in Dresden, 65 745 Mk. (Kapitel 97) für katholische Kirchen, 4050 Mk. für sonstige Kultuszwecke (Kapitel 98), bei der Taubstummenanstalt (Kapitel 99) die Einnahmen mit 30 670 Mk. und die Ausgaben mit 141 040 Mk., außerdem noch für dieselbe Anstalt 179 151 und 8500 Mk. Bei Kapitel 100, stiftungsmäßige privatrechtliche Leistungen für Kirchen und Schulzwecke werden 32 846 Mk. gefordert und genehmigt. An allgemeinen Ausgaben bei dem Departement des Kultus und öffentlichen Unterrichts (Kapitel 101) werden 89 000 Mk. bewilligt.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Zusatzbericht der Finanzdeputation, Nachpostulat beim Bau der Bahn durch das Chemnitzthal. Außerdem einige Bahnbauten und Petitionen.

Zwanzigste Sitzung der Zolltariffkommission.

(Eigenbericht der Leipziger Volkszeitung.)

Dresden, 19. Februar 1902.

Zunächst kommt folgender Antrag (Nr. 63) Antrick u. Gen. zur Beratung: Die Kommission wolle beschließen: den Herrn Reichsstatistiker zu ersuchen: ihr eine Aufstellung darüber zu geben, wie die in der Erntestatistik aufgeführten Fruchtarten sich auf die einzelnen Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe — geordnet nach den bei der Berufszählung in Anwendung gebrachten Klassen — verteilen.

Vor der Begründung des Antrages erbittet Geheimrat Wermuth das Wort, um darzulegen, wie die Berichterstattung für die Erntestatistik erfolgt. Es würde ganz unmöglich sein, alljährlich eine Berichterstattung der fünf Millionen Betriebe zu veranlassen, darum können wir auch keine Auskunft geben, wie sie die Antragssteller verlangen.

Der Vorsitzende fragt, ob nach dieser Erklärung die Antragssteller ihren Antrag zurückziehen wollen.

Das wird verneint und das Wort ergreift Mollenhuth: Es mag keine Grundbesitzer geben, die einen Vorteil von erhöhten Getreidepreisen haben würden, es giebt aber sicher ungleich mehr kleine Grundbesitzer, die Nachteile von den erhöhten Getreidepreisen haben. Notwendig ist es, zu wissen, wie groß die Zahl der ersten und letzteren ist. Die Statistik giebt uns Auskunft über Großbetriebe, aber über die Kleinbetriebe bleiben wir im Dunkeln.

Der Vorsitzende unterbricht den Redner und ersucht ihn, sich rückwärts der Erklärung des Regierungsvertreters kurz zu fassen. Der Antrag siehe nur in losem Zusammenhang mit der Vorlage. (Widerpruch.)

Mollenhuth vermahnt sich gegen diese Unterbrechungen; die Kürze der Verhandlungen würde gefördert, wenn sich der Vorsitzende diese Belehrungen ersparte.

Der Vorsitzende verbittet sich diese Kritik.

Mollenhuth: Ich will dem Vorsitzenden seine Redefreiheit nicht beschränken (Heiterkeit), beanspruche aber die gleiche Redefreiheit. Redner fährt dann in der Begründung des Antrages fort. Die Regierung hätte Material im Sinne des Antrages längst beschaffen und nun der Kommission vorlegen müssen. Darum ist unser Antrag eine Notwendigkeit.

Geheimrat Wermuth: Die verlangte Statistik würde Monate, ja Jahre erfordern. Man könnte sie nur für typische Betriebe beschaffen.

Kleine Chronik.

Leipzig, 20. Februar.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater gelangt am heutigen Freitag Jadvwiga, im Alten Theater Mit-Weidberg zur Aufführung. Am Sonnabend findet im Neuen Theater eine Aufführung von Charpentiers Oper Luise statt. — Im Alten Theater wird Otto Ernst's fünfaktiges Drama Die größte Sünde zum erstenmal gegeben.

Für Sonntag ist das Repertoire wie folgt entworfen: Im Neuen Theater ist die Oper Mignon angelegt; im Alten Theater wird die Komödie Die größte Sünde zum erstenmal wiederholt und im Carola-Theater geht die Operette Jadvwiga in Scene.

Bei der Matinee, die der Verein Leipziger Presse zum Besten seiner Unterstützungskassen im Verein mit der Pensionatsanstalt deutscher Schriftsteller und Journalisten am Sonntag vormittag 11 1/2 Uhr veranstaltet, gelangen drei moderne Opern: Die Frau im Fenster von Hugo von Hoffmannsthal, Ullterator von Arthur Schnitzler und Die sittliche Forderung von Otto Erich Hartleben zur Aufführung. Es wirken mit die Damen Frau Albertine Lehme, die bekanntlich früher ein hervorragendes Mitglied unseres Stadttheaters war, Frä. Julie Serda vom kgl. Hoftheater in Dresden, Frau Kunzschmann und die Herren Gresse und Huth vom Leipziger Stadttheater, die sich in liebenswürdigster Weise in den Dienst der guten Sache stellten, sowie Frä. Gertrud Elfer und Herr Gust. Stange. Die Regie führt der Vorsitzende des Vereins Leipziger Presse, Herr von Bohn. Der Vorverkauf der Billets findet täglich von 10 bis 8 Uhr an der Tageskasse des Neuen Theaters statt.

Die nächste Aufführung von Feltz Weingartner's Operntrilogie Dreites ist auf Montag den 24. d. M. festgesetzt. Die weiteren Wiederholungen sind ihren Daten nach abhängig von dem Urlaub der Frau Heloge Greiff-Andriessen.

Neues Theater. (Die Götterdämmerung von Richard Wagner. Gastspiel der Frau Heloge Greiff-Andriessen vom Stadttheater in Frankfurt a. M.). — Frau Greiff-Andriessen hat gestern der Zahl der von ihr während ihres gegenwärtigen Gastspiels am hiesigen Stadttheater dargestellten großen Frauenrollen noch die Brunnhilde der Götterdämmerung beigefügt. Frau Greiff-Andriessen ist durch und durch Heroine und sie hat auch demgemäß ihre Brunnhilde — vielleicht etwas zu einseitig — nach dieser Richtung hin ausgearbeitet. Dabei kommen die rareren menschlichen Regungen, die dem Wotankinde einen unvergänglichen Reiz verleihen, und das Liebende und hingebende Weib etwas zu

kurz. Demgemäß ist denn auch ihre Scene im Vorspiel, wo Siegfried sich von ihr verabschiedet, der schwächste Teil ihrer Leistung. Hier weiß sie nicht recht zu packen. Die Herzlichkeit des Abschieds fehlt. In der Scene mit Siegfried in Gunthers Gestalt wirkte ihre Erscheinung so imponierend, daß man während des Ringkampfes einen Augenblick für Siegfried bangte und fast erstaunt war, als dieser dann doch den Sieg davontrug. In ihrer ganzen Größe erhob sich die Künstlerin aber erst im zweiten Akte. Schon das Zusammentreffen mit Siegfried und die Entdeckung des verhängnisvollen Ringes an seinem Finger wirkte erschütternd. Wie sie nun aber allmählich den unerhörten Betrag zu durchschauen beginnt, Siegfried für den Schuldigen hält, ihn als meinelidig bezeichnet und gegen seinen Eid den Segen auf des Speeres Spitze schwört, ist einfach überwältigend. Da kann man beinahe das Theater und den ganzen Bühnenapparat vergessen. Im großen Nachterzeit riß sie auch die Mitspielenden, Herrn Groß (Gunther) und Herrn Urtel (Hagen), ja sogar den Dirigenten, Herrn Kapellmeister Gortze, mit hinein in den Strom ihrer Begeisterung. Die Stimmen der beiden Sänger erschienen ausgiebiger, und das Tempo des Dirigenten beschleunigte sich. So klang dieser Aktklus außergewöhnlich voll und schön. In der großen Schlussscene des dritten Aktes wirkte Frau Greiff-Andriessen vor allem durch schlichte Größe. Sie hütete sich weise vor zu vielem und zu starkem Agieren und traf damit das Rechte. Dem Schmerz um den verlorenen Helden gab sie beredend Ausdruck, die berühmte Stelle: „Nebel Ruhe, du Gott!“ wußte sie mit tiefer Innigkeit zu durchdrängen, und wenn es ihr noch gelungen wäre, dem Bilde der vom Leben scheidenden und dem Gatten freiwillig in den Tod folgenden Brunnhilde den visionären Zug einzufügen, der sie zur berechtigten Verkörperin des Welt- und Göttergeschickes macht, so wäre ihr Brunnhilde auch in dieser gewaltigsten Scene fast vollkommen. — Es stimmt nur wehmüthig, wenn wir bedenken, daß unsere Bühne keine Künstlerin besitzt, die die Brunnhilde so darzustellen vermöchte, wie Frau Greiff-Andriessen, und wenn wir ferner bedenken, daß diese temperamentvolle und eminent begabte Künstlerin jahrelang unserer Bühne angehörte. — Das war einmal. . . H. M.

— Eine Aufführung des Berschwenders von Raimund steht für den 11. März im Neuen Theater bevor. Den Floitwell wird Reimers vom Wiener Hofburgtheater spielen. Auch sonst soll die Veranstaltung bedeutender auswärtiger Schauspielkräfte zu dieser Vorstellung in Aussicht genommen sein. Der Ertrag soll den Zwecken des Albertvereins zufließen.

Stadttagen: Kann die Regierung die Arbeit nicht machen, so sind wir bereit, dies zu thun, wenn man uns die Mittel der Regierung dazu an die Hand gibt. Wir würden in einigen Wochen das Material der Regierung zur Verfügung stellen, und das Resultat der Kommission vorlegen, die es benötigt, um einen Einblick über die Lage der Kleinbetriebe zu erhalten. Man fürchtet sich vor der Erörterung der Wahrheit, daß die Kleinbauern Nachteile von dem Zolltarif haben werden.

Der Antrag Antrich und Genossen wird mit 20 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Darauf wird zur Beratung der zurückgestellten Absätze 1 und 2 des § 1 des Gesetzes und der vier ersten Nummern des Zolltarifs geschritten.

Zu Absatz 2 und den Zolltarif liegen die gestern gemeldeten Anträge (Nr. 65) Gothein-Fischbeck, die Anträge Nr. 3 (Bebel und Genossen) und folgender soden verteilter (Kompromiß) Antrag (Nr. 66) vor: Die Kommission wolle beschließen: 1. In § 1 Absatz 2 des Zolltarifgesetzes die nachfolgenden Sätze einzufügen: Tarifstelle 1. Roggen 5,50 Mk.; 2. Weizen und Getz 6 Mk.; 3. Gerste 5,50 Mk.; 4. Hafer 5,50 Mk. für je einen Doppelcentner. 2. In den Zolltarif einzufügen: 1. Roggen 7 Mk.; 2. Weizen und Getz 7,50 Mk.; 3. Gerste 7 Mk.; 4. Hafer 7 Mk. Unterzeichnet haben 8 Konervative, 2 Freikonervative, 7 Centrum, 1 Antisemit (Göbel), 1 Volk, 1 Nationalliberaler.

Ueber die Form der Beratung entspinnt sich eine Geschäftsordnungsdebatte. Die Beratung wird nach dem Vorschlag des Vorsitzenden über Absatz 1 und 2 des § 1 des Gesetzes sowie über die ersten vier Nummern des Zolltarifs: Roggen, Weizen und Speltz, Gerste, Hafer, ausgedehnt.

Gothein: Bei Missernten kommt nicht nur der Zoll in der Preisbildung zum Ausdruck, sondern die Nachfrage, die Notwendigkeit stärkerer Einfuhr treibt ihn höher. Aber auch bei reichen Ernten kommt der Zoll in seiner vollen Höhe im Preise zum Ausdruck. Wir wollen an den bestehenden Zuständen nichts ändern, weil Preisschwankungen dadurch erzeugt werden im Innern des Reichs. Es ist in hohem Maße bedenklich, wenn man in der beabsichtigten Weise dem Großgrundbesitzer Vorteile verschaffen will und damit die Landwirtschaft in einen politischen Kampf treibt, der ihr schädlich sein muß. Denn bei Wahlen wird die Frage der Landwirtschaft die ganze Wählerklasse beschäftigen und die breite Masse der Konsumenten wird sich fragen, ob sie sich um die Dotation der Großgrundbesitzer kümmern soll. Das zerteilt die Volksklassen. Die Mittel- und Kleinbauern haben nicht das Interesse an der Frage, wie uns die agrarische Partei vorzupfeilt. Nebenher geht dann auf die Absatzverhältnisse zwischen Bauern und Mählern ein. Der lokale Marktverkehr geht zurück, der Kleinbauern sei dadurch benachteiligt, aber das sei die Folge der Kapitalkonzentration. Darüber geben uns freilich die Regierungskomitees keine Auskunft, auch nicht die berühmte badische Enquete. Aber die vorhandenen Enqueten sollten dem ganzen Reichstag zur Verfügung gestellt werden, nicht nur der Kommission, das würde manchem zeigen, wie recht wir haben. In meinem Wahlkreis haben viele Bauern, auch Großgrundbesitzer, Domänenpächter, Amtsrat etc. (hörl. hörl.) einen Wahlantrag für mich unterzeichnet, in dem gegen die Erhöhung der Getreidezölle energisch protestiert wird. Wieviel steigt dem Reich aus den Zollserhöhungen zu? Darüber bitte ich die Regierung um Auskunft. Die andere Frage ist die: Wieviel müssen die Konsumenten zur Unterstützung der Großgrundbesitzer zahlen? Das beträgt viel mehr noch als die Reichsliste mehr einnimmt. Die Kaufkraft der Bevölkerung wird dementsprechend leiden. Die Folge davon muß ein Rückgang des Konsums industrieller, auch landwirtschaftlicher Produkte sein. Dann haben auch die Klein- und Mittelbauern neue Nachteile. Besonders die Produkte der Viehzucht würden nicht mehr den Absatz finden. Selbst der Sekretär des Landwirtschaftsrates, Dabe, die rechte Hand des Grafen Schwerin-Dömitz, wendet sich gegen die Erhöhung des Getreidezolls. — (Hört, hört!) wie kommen wir dazu, die verlangte Erhöhung zu bewilligen! Die Futtergerste würde verteuert. Ehe diese Schutzkrankheit durch Deutschland ging, hat man auswärtige Gerste von der Landwirtschaft reichlich verbraucht und billige Frachtlage für sie verlangt. Dänemark hat seine Landwirtschaft ohne Hilfe lukrativer gemacht und auf musterhafte Höhe gebracht. Dieses Beispiel fand Nachahmung in Finnland. So kann man die Rentabilität erhöhen: Verminderung der Produktionskosten, rationellere Bewirtschaftung. In England ging während der Zeit der hohen Getreidepreise der Lohn der landwirtschaftlichen Arbeiter zurück, er stand da am niedrigsten. Die landwirtschaftlichen Arbeiter haben also auch kein Interesse an den Getreidezöllen. Die Getreidezölle werden für die schreienden Großgrundbesitzer wie Morphium wirken. Bismarck sagte einmal: Auch der verrückteste Agrarier wird keinen Getreidezoll von 3 Mk. pro Doppelcentner verlangen. (Zwischenrufe: Aber später hat er mehr verlangt.) Das ist wahr, aber er brauchte deshalb nicht klüger geworden zu sein. Sein klügerer Gedanke war der frühere. (Heiterkeit.) Die Getreidezölle steigern den Preis der Güter ins Ungemessene. Das ist unfinnig. Zur Förderung einer gesunden Gestaltung der Landwirtschaft dienen die Getreidezölle nicht, deshalb können wir sie nicht bewilligen. Auch unsere Stellung auf dem Weltmarkt können wir nicht behaupten und der Abschluß von Handelsverträgen wird schier unmöglich gemacht. Dem Großkapital ist es gleichgültig, ob es seine Fabriken, seine Produktion im Inlande oder im Auslande hat, (Sehr richtig!) aber für die Arbeiter, für das ganze Reich ist das nicht gleichgültig. Das Volk über diese Dinge aufzuklären, ist für mich ein patriotischer Zwang. Damit wird freilich das Volk aufgeregt, aber die Agrarier thun das nicht minder. Unsere Schuld ist das nicht. (Beifall.)

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß der Abg. Heim Hopfen, der Graf Kanitz Mehl in den Mindesttarif aufzunehmen beantragt.

Bebel beantragt, in Rücksicht auf diese Anträge nunmehr die Diskussion nur auf die Rolle der Waren Roggen, Weizen und Mehl zu erstrecken.

Stadttagen weist darauf hin, daß die Diskussion ins Uferlose gehen werde, wenn man nicht im Sinne des Antrags Bebel verfähre. Er werde sonst später auch noch beantragen, einen Mindesttarif für Ordenszeichen festzusetzen. (Heiterkeit.)

Der Berichterstatter für die Petitionen, Abg. Speck, trägt kurz den Inhalt der bis jetzt zum Mindesttarif eingegangenen Petitionen vor, die sich teils für, teils gegen die Mindestzollfrage erklären. Letztere überwiegen an Zahl.

Abg. v. Wangenheim erstattet darauf Bericht über Petitionen, die zu den Zollfragen der ersten vier Nummern des Zolltarifs eingegangen sind, die sich teils für die höheren Zollsätze, teils gegen diese aussprechen.

Bebel mündert sich, daß in den vorgetragenen Petitionen nicht die von der sozialdemokratischen Partei eingereichte, mit über 3 Millionen Unterschriften aufgeführte sei.

Der Berichterstatter erklärt, diese kämen jedenfalls im Nachtrag. Stadttagen weist nach, daß sie auf Seite 7 des Verzeichnisses der Petitionen aufgeführt sei; drei und ein viertel Millionen Stimmen könne man doch nicht übersehen.

v. Wangenheim überzeugt sich von der Richtigkeit der Stadttagens Angaben.

Badischer Bundesratsbevollmächtigter Scherer: Gothein kritisierte die Erhebungen der badischen Regierung. In Baden gibt es wenig Großgrundbesitzer; die zahlreichen Bauern zeigen ein starkes Interesse an den höheren Zollfragen. Unsere Bauern sind im allgemeinen gewächse Leute, sie wissen, wo sie der Schuh brüht. Darum sind sie für die Zollserhöhung. Ich bitte Sie, die Vorlage anzunehmen.

Herold (Centr.): Im Plenum sind alle Gründe für und gegen die Vorlage aufgeführt worden; neue Gesichtspunkte werden in der Kommission nicht gewonnen. Wer noch nicht überzeugt ist, wird hier nicht überzeugt. Ich beschränke mich daher auf den Kompromißantrag (Nr. 66). In demselben liegt ein weitgehendes Ent-

gegenkommen gegen Konsumenten und gegen die Regierungsvorlage, auch soll er die Abschlüsse von Handelsverträgen erleichtern. Kein Teil der Unterzeichner ist zufrieden mit den Sätzen des Kompromißantrags, aber jeder hat etwas nachgegeben. Nun hat der Reichskanzler zwar eine scharfe Erklärung abgegeben, es wäre jedoch ein Fehler, wollte die Regierung auf ihrem Standpunkt beharren. Nun muß sie nachgeben, sonst wird die Vorlage als Gesetz kaum zu Stande kommen. Trifft dies ein, dann ist die Regierung dafür verantwortlich.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky will eine Erklärung abgegeben, wird aber ersucht, sie wegen vorgerückter Zeit bis morgen zu verlegen. Der Staatssekretär erklärt sich einverstanden, wünscht aber, da seine Mitteilungen streng vertraulich seien, nur Zulassung von Kommissionsmitgliedern zur Sitzung.

Bebel protestiert unter Hinweis auf § 27 der Geschäftsordnung dagegen. Dergleichen sei in den Annalen des Reichstags nicht vorgekommen. Der Staatssekretär giebt seinen Wunsch auf, erklärt aber, er werde sich mit seiner Erklärung darauf einrichten. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr.

Vom Reichstage.

Die Petitionskommission des Reichstages verhandelte am Mittwoch über eine Petition einer öffentlichen Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher Berlins. Die Petenten suchen nachzuweisen, daß die seit 1. Juli 1899 geltende Verordnung des Bundesrates nicht weit genug gehe, um die Arbeiter dieser Branche vor der Gefahr der Mißbrandanstechung zu schützen. Sie verlangen, daß als Desinfektionsmittel nur stromender Wasserdampf verwendet, nicht nur ausländische, sondern auch inländische Borsten und Haare, welche in der Bürsten- und Pinselmacherei verarbeitet werden, desinfiziert werden sollen und der Desinfektionszwang auch auf Plegenhaare ausgedehnt werde. Die Kommission beschloß, die Petition dem Reichskanzler als Material zu übermitteln.

Eine Reihe von Petitionen, die Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte betreffend, wird der XVII. Kommission, welche sich speziell mit dieser Materie beschäftigt, überwiesen.

Fünf Petitionen, die sich auf die Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes beziehen, werden dem Reichskanzler als Material überwiesen. Darunter befindet sich eine solche des Vorstandes der Neuen Maschinenbauwerkstatt (Fabrikasse) in Berlin. Derselbe beklagt sich über den als zulässig erachteten Austritt der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft aus dieser Klasse, durch welchen eine bedeutende Schädigung der letzteren eingetreten sei, indem diese Klasse an die neugegründete Fabrikantenklasse der genannten Gesellschaft 208.000 Mk. herauszahlen mußte, was nach Ansicht der Petenten statutarisch unzulässig und gesetzlich unbegründet sei.

Einer Frau Dr. Freudenthal in Berlin ist das Malheur passiert, in eine Strafe von 5 Mk. genommen zu werden, weil sie es unterließ, die Invaliditätsversicherungsmarken für ihr Dienstpersonal ordnungsmäßig zu stellen. Sie verlangt Rückzahlung der 5 Mk. Die obige Petitionskommission hatte aber kein Gehör für die Bitte dieser Dame und beschloß, die Petition für ungeeignet zur Erörterung im Plenum zu erklären.

Zur Textilarbeiterbewegung im Vogtlande.

Aus Greiz wird uns gemeldet: Bei den Einigungsverhandlungen am Mittwoch haben sich die Unternehmer wieder zu einigen Konzessionen herablassen müssen. Wider Erwarten haben aber die Arbeiter die Vereinbarungen des Einigungsamtes gestern nachmittag verworfen. Die Versammlung war sehr erregt. Mit den Unterstühtungen sieht es sehr trüblich aus. Trotzdem wollen die Arbeiter nicht früher an die Arbeit zurückkehren, als die Fabrikanten die Aussperrung aufgehoben haben.

Die Bewegung nimmt auch außerhalb des Vogtlandes an Umfang zu. Während sich die Elsterberger Arbeiter durch die Drohung der Unternehmer, jeden Betrieb sofort zu schließen, wo sich die Arbeiter etwa erlauben sollten, Forderungen zu stellen, leider einschüchtern ließen, haben die Arbeiter von Reuth und Neumarkt (zwischen Melkenbach und Werdau) die Drohung ignoriert. Sie sind bei mehreren Firmen vorstellig geworden und überall wurden ihre Forderungen sofort bewilligt.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Eine Schuldebatte gab es gestern in der Zweiten Kammer, in der aber vom eigentlichen Schulwesen wenig die Rede war. Auf der Tagesordnung stand die Schlussberatung der Kapitel 94 bis 101 des Etats: Gymnasien, Seminarier, Volksschulen. Den breitesten Raum der Debatte nahm die Besprechung über die Gymnasien und Seminarier ein, während über die Volksschulen nur so oberflächlich gehandelt wurde. Bei dem Kapitel Volksschulen konnte es der Kultusminister nicht unterlassen, die nicht vertretene Sozialdemokratie anzuzupfen. Er sagte nämlich, die von den Sozialdemokraten aufgestellte Behauptung, die Volksschule sei das Achenbrödel der Schulen, sei nicht richtig, und er wollte dies damit beweisen, daß die Zahl der jungen Leute, die sich dem Lehrberufe zuwenden, in den letzten Jahren fortgesetzt größer geworden sei. Leider konnte dem Minister nicht geantwortet werden. Die Zunahme der jungen Leute, die sich dem Lehrberufe zuwenden, erklärt sich einfach aus der Zunahme der Bevölkerung. Uebrigens mußte der Minister selbst zugeben, daß die Zunahme der Seminaristen mit der Bevölkerungszunahme nicht gleichen Schritt gehalten hat. Besonders bemerkenswert war aus den Ausführungen des Ministers die Feststellung der großen Sterblichkeit der Lehrer, die etwa 2 1/2 Prozent beträgt. Daraus ist ersichtlich, wie aufreibend der Lehrberuf und wie viel noch auf dem Gebiete des Schulwesens zu thun ist.

Bei dem Kapitel Gymnasien und Seminarier bildete die finanzielle Lage wieder den Punkt, um den sich fast die ganzen Verhandlungen drehten. Den Realschullehrern wurde eine Erhöhung der Maximalgehaltsgrenze bewilligt, jedoch soll die neue Staffel mit Rücksicht auf die finanzielle Lage erst 1903 in Kraft treten. Wichtig vom Zaune gebrochen war eine Bemerkung des Kultusministers, daß bei den Seminarbauten die Vorschläge des Nichts um einen Pfennig überschritten worden seien. Diese Bemerkung kann man als einen Hieb gegen den verabschiedeten Finanzminister ansehen. Oder sollte die Bemerkung eine besondere Empfehlung des Ministers bei der Kammer sein?

Uebrigens gab es bei diesem Kapitel auch eine Frauendebatte. Der Kultusminister unterschied dabei eine berechnete und unberechnete Frauenfrage. Ueber die u n berechnete Frauenfrage ließ sich der Minister nicht näher aus, aber es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß er ebenso zwischen berechtigter und unberechtigter Frauenfrage unterscheidet, wie die Ordnungs-gesellschaft zwischen berechtigter und unberechtigter Arbeiterfrage unterscheidet.

Ganz sonderbare Anschauungen über das sächsische Inwiel hat die Amtshauptmannschaft Pirna. Wir berichteten bereits, daß in Versammlungen, die in Klein-Bischdorf stattfanden, der überwachende Beamte jedesmal den Punkt Gewerbepflichtiges beanstandete. Das letzte Mal verbot er in einer Holzarbeiterversammlung einfach diesen ihm offenbar schwer im Magen liegenden Punkt. Selbstverständlich wurde über das Vorgehen des Beamten, das man nur auf mangelnde Kenntnis

des Vereins- und Versammlungsrechts zurückzuführen zu sollen glaubte, bei der Amtshauptmannschaft Beschwerde geführt. In dieser Beschwerde wurde darauf hingewiesen, daß auf der Anmeldung ausdrücklich dieser Punkt als zur Tagesordnung gehörig mit angegeben sei. Auf der Bescheinigung sei summarisch die Anmeldung bescheinigt worden. Nichts war darauf bemerkt von Beanstandung der Tagesordnung. Trotzdem sei einfach die Erledigung vom Ueberwachenden verboten worden. Wie erstaunt nun die Beschwerdeführer, als sie unterm 14. d. M. die Antwort der Amtshauptmannschaft erhielten: „Die Amtshauptmannschaft hat keine Veranlassung gefunden, gegen den Beamten etwas zu verfügen, der die Ueberwachung ausübt. Der § 2 des Vereins- und Versammlungsrechts ergebe, daß der Zweck der zu veranstaltenden Versammlung klar und bestimmt ersichtlich sein müsse; denn die Polizeibehörde solle aus dieser Anmeldung den ganzen Charakter und die mögliche Ausdehnung der Versammlung erkennen können. Die Gegenstände, deren Behandlung beabsichtigt sei, müßten daher in ausreichend deutlicher Weise bezeichnet werden. Diesen Erfordernissen genüge aber offenbar eine Tagesordnung nicht, die auf die Besprechung aller möglichen unter die Kollektivbezeichnung Gewerbepflichtiges zusammenfassbaren, thatsächlich gar nicht angezeigten Gegenstände willkürlich ausgedehnt werden könne. Es liegt somit kein Anlaß vor, das Vorgehen des polizeilich Beauftragten zu mißbilligen.“

So die echt sächsische Begründung der Amtshauptmannschaft. Selbstverständlich werden sich die Beschwerdeführer auch mit dem ablehnenden Bescheid der Amtshauptmannschaft nicht zufrieden geben und ihre Beschwerde weiter verfolgen.

Die Handelskammern Sachsens hatten am Montag ihre Vorsitzenden und Sekretäre zu einer Besprechung nach Chemnitz gesandt. In der Versammlung wurde unter anderem beschlossen, der Regierung den Wunsch zu unterbreiten, daß Klagen auf Warenforderungen als Frierensachen behandelt würden. Bezüglich der Regelung des Gemeindesteuerverweises, insbesondere der geplanten Gewerbesteuer, beschloß die Versammlung einstimmig, sich bei der Regierung dagegen auszusprechen, daß das Gewerbe in Form einer Gewerbesteuer in stärkerem Maße als bisher zu der Gemeindesteuer herangezogen werde. Bezüglich der Vermögenseinkommensteuer wurde nach längerer Aussprache gleichfalls einstimmig beschlossen, die Regierung auf die schweren Bedenken hinzuweisen, die der Einführung einer Vermögenssteuer für Handel und Gewerbe entgegen stehen.

Da auch die Agrarier nicht die „stärkeren“ Schultern sein wollen, die noch etwas für den Steuerfädel thun können, so wird schließlich nichts weiter übrig bleiben, als die notwendigen neuen Steuern den Arbeitern aufzubürden.

Dresden, 19. Februar. Bürgerliche Blätter berichten: Eine Dresdnerin, deren Mann gestorben ist und die mit ihren drei Kindern der Zukunft in Sorgen entgegensteht, sprach in ihrer Not schließlich bei einem hiesigen Warenhaus um Arbeit vor. Arbeit bekam sie sofort, aber zu welchem Lohn! Sie sticht jetzt von morgens bis abends an Wäschebeutel und erhält für den Wäschebeutel, an dem sie 12 Stunden, sage und schreibe zwölf Stunden, sitzt: fünfundsiebzig Pfennige! Dabei ist sie, wie man den Blättern schreibt, eine geliebte Stickerin. Das macht zwei Pfennige die Stunde Arbeitslohn. Als die Frau diese Bezahlung etwas niedrig fand, wurde ihr von der Direktion gesagt, zu diesem Preise arbeiteten „die feinsten und vornehmsten Damen in Dresden“, und wenn sie damit nicht zufrieden wäre, bräuche sie ja die Arbeit nicht anzunehmen. — Und dennoch leben wir in der besten der Welten! Die arme Frau mit ihren drei Kindern wird schon durchkommen müssen, die „feinsten und vornehmsten Damen in Dresden“ kommen ja auch mit dem Lumpenlohn zurecht. Allerdings brauchen es die letzteren nicht zum Leben, sondern nur als Aufschuß zum Adelgeld, und dazu kann ein Betrag schließlich schon ausreichen, von dem andere ihren und ihrer Angehörigen ganzen Lebensunterhalt bestreiten sollen.

Großsch. Zur Förderung der Reichstagswahl im 10. Kreise waren beim Unterzeichneten folgende Beträge aus dem 14. Wahlkreise eingegangen: Großsch. 30,00, Goldb. 26,80, Laufg. 23,00, Vorna 14,45, Lunzenau 10,—, Rochsburg 10,—, Geithain 8,20, Begau 6,—, Rochlitz 5,50, Arnsdorf 5,—, Wiedersdorf 3,85 Mk. Summa 152,80 Mk. Der Vorstand des Wahlvereins für den 14. Wahlkreis.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Lengsfeld wurde ein Mann und eine Frau, welche in einigen offenen Ladengeschäften falsche Einmarkstücke verausgabten, von der Polizei festgenommen. Trotzdem das Paar anscheinend gute Geschäfte durch sein betrügerisches Gebaren erzielte, sollte es ihm doch nicht gelingen, unbemerkt die Stadt zu verlassen. Die beiden Betrüger überzeugten sich erst, ob in den betreffenden Läden weibliche oder männliche Bedienung zugegen war. In den Läden mit weiblicher Bedienung führten sie ihren Betrug mit Erfolg aus und zwar tauchte die Frau einige Kleinigkeiten, während der Mann vor der Ladenthür wartete. In dem Grünwarengeschäft der Frau Holzmüller hatten die Betrüger jedoch die Rechnung ohne die Frau gemacht. Frau H. sieht nicht gut, ist daher sehr vorsichtig beim Geldannehmen und -ausgeben und fühlte mit den Fingern die Silbermünzen an dem Rande an. Als Frau H. merkte, daß das Einmarkstück, das ihr die Frau gegeben hatte, am Rande nicht geriefelt, sondern glatt war, eilte sie sofort mit dem falschen Markstück zur hiesigen Polizei und erstattete Anzeige. Das Paar wurde noch in derselben Stunde festgenommen, als es eben wieder falsches Geld zu verausgaben suchte. — Das Opfer eines Wahnkretzes wäre am Freitag beinahe der von Klingenthal nach Marktneudorf fahrende Personenzug geworden. In einer ziemlich abschüssigen Stelle war ein mehr als einen Centner schwerer Stein auf die Schienen gewälzt und mit kleineren Steinen förmlich verlegt worden. Der Lokomotivführer bemerkte das Hindernis im letzten Augenblick und brachte den Zug zum Stehen. Von dem Thäter hat man noch keine Spur.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

Wurzen, 19. Februar. Der Volksbildungsverein hält Sonnabend den 22. d. Mts. abends 9 Uhr in Stadt Wien seine erste diesjährige Monatsversammlung ab. Es ist zu wünschen, daß die Januarversammlung ausgefallen ist, alle Mitglieder erscheinen und auch von der Berechtigung, Gäste mitzubringen, den ausgiebigsten Gebrauch machen. Es stehen außer einem kurzen Vortrag und darauffolgender Diskussion wichtige Vereinsangelegenheiten zur Verhandlung.

Erfurt, 19. Februar. Durch Abdruck einer Notiz über den Zimmererstreik in Halle sollte Redakteur Genosse Hennig laut Zeitstellung aller richterlicher Instanzen großen Unfug verübt haben. Das Oberlandesgericht in Naumburg kam jedoch zu einer anderen Auffassung, hob das Urteil auf und verwies die Sache an die Erfurter Strafkammer zurück. Hatte diese Kammer in ihrer

Verhandlung auf 30 Mk. erkannt, so fällt sie nun über den Genossen Hennig einen Freispruch. Der Artikel, hieß es in der Begründung, sei nicht geeignet, die öffentliche Ordnung zu stören, sondern lediglich eine Ausübung des den Arbeitern gewährten Koalitionsrechtes.

Gera, 19. Februar. Der nach Hinterlassung von mehreren Millionen Mark Wechselkassungen fallierte Baumunternehmer Hermann Feistel in Triebes wurde gestern abend verhaftet. Die Verhaftung erregt außerordentliches Aufsehen.

Soziale Rundschau.

Volkswirtschaftliches.

Zur Zuckerfrage wird aus Wien gemeldet: Die drei Gruppen des Herrenhauses wählten je drei Vertreter, welche in der Zuckersteuerfrage zur Wahrung der Interessen der Landwirtschaft und der Industrie mit dem aus den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses bereits gebildeten Komitee zusammengehen werden.

s. Bankgründung. Erfurt, 20. Februar. (Privat-Telegramm.) Hier hat sich ein Komitee von Finanziers gebildet zwecks Gründung einer Bank von Thüringen. Als Aktienkapital sind 20 Mill. Mk. vorgelesen. Die neue Bank soll in Leipzig und Gotha Zweigstellen errichten.

Sozialpolitisches.

Hebereike Freude. In einer der letzten Nummern der Sozialen Praxis wird mitgeteilt, daß der Minister des Innern seine Vermittlung in dem Konflikt der Firma van Heek u. Co. mit ihren Bedenwebern angeboten habe. „Es ist“, so schreibt die Soziale Praxis, „unseres Wissens das erste Mal, daß ein preussischer Minister in einem Arbeitskampf die Vermittlung zu übernehmen bereit ist.“ Darüber freut sie sich sehr.

Schade, daß es ein bißchen anders liegt, denn der Ort des Streiks, Endebe, liegt in — Holland, und der fragliche „Preussische Minister“ war... Herr Dr. Kuyper, der sonst gewöhnlich in Holland Ministerpräsident ist. Traurig, aber wahr!

Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordneten-Saale.

(Sitzung vom 19. Februar 1902.)

Der frühere Gasanstaltsdirektor Wunder hat die Wahl als Stadtrat angenommen. Ein Ratsschreiben teilt mit, daß Herr Wunder dabei ein Gehalt von 9500 Mk. und 1000 Mk. persönliche pensionsfähige Zulage zur Voraussetzung gemacht habe.

Der Schuhmann Emil Eichhorn ersucht um Gewährung einer Pension. Er steht im 12. Dienstjahr und ist am 31. Januar 1902 wegen körperlichen Leidens gekündigt worden. Er hat Frau und fünf Kinder und ist gänzlich mittellos. Ein Pensionsanspruch steht ihm nicht zu. Die Eingabe macht Stadtr. Kaller zur seinigen und wird darauf dem Finanzausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Der Senat der hiesigen Handelshochschule hatte in den Vorjahren um einen erhöhten städtischen Beitrag zu den Unterhaltskosten der Handelshochschule ersucht. Der Rat hatte dafür 100.000 Mk. vorgeschlagen, die Stadtverordneten bewilligten jedoch nur 60000 Mk. Der Senat der Schule war davon — wie er jetzt schreibt — unangenehm berührt und enttäuscht. Der Konkurs der Leipziger Bank hat verhindert, daß die Schule in das neue Bankgebäude verlegt wurde. Es ist deshalb ein neues Heim gesucht und in dem Gebäude der Loge Minerva, Schulstraße 1, gefunden worden.

Wegen des erhöhten Kostenaufwands für den Betrieb der Schule ersucht der Senat abermals um Erhöhung des städtischen Beitrags auf jährlich 10000 Mk., auch soll die Stadt zu den Kosten der ersten Einrichtung in dem genannten Gebäude beitragen. Die Handelshochschule habe sich in besserer Weise entwickelt, trotz Köln und Frankfurt a. M., die in neuerer Zeit mit als Konkurrenten anstreben. Die Besucher der Schule seien Leute im Durchschnittsalter von 25 Jahren mit höheren Lebensansprüchen. Für den Vorteil, den die Stadt hieraus genieße, solle sie auch höhere Opfer bringen. — Bürgermeister Dr. Dittrich teilt mit, daß eine gleiche Eingabe auch an den Rat gekommen sei. Dieser werde wohl demnächst eine Vorlage an die Stadtverordneten gelangen lassen.

Die Abrechnung über die dem Museum aus der Stiftung für die Stadt Leipzig zugewandenen Zinsen und deren Verwendung wird auf Antrag des Finanzausschusses beanstandet, weil die Verwendung nicht den Bestimmungen des Stifters entsprochen hat.

Beim Konto des Polizeiamts regt der Referent an, auf einen billigeren Preis für das Leipziger Adreßbuch Bedacht zu nehmen. Die vom Polizeiamt beantragte Errichtung einer neuen Polizeiwache in Schleußig wird vom Finanz- und Verfassungsausschuß abzulehnen beantragt. Weiter ist die Anstellung eines neuen Aktuars im Bahnbureau von den Ausschüssen gestrichen worden.

Polizeidirektor Bretschneider stellt wegen der Schleußiger Wache die Entschleunigung dem Kollegium anheim. Sehr dringend aber ersucht er um Bewilligung des gestrichenen Aktuars. Die Ausstellung der Radfahrerkarten bauern das ganze Jahr hindurch. Im Vorjahre seien beinahe 22000 Stück ausgestellt worden. Um im Bahnbureau wieder geordnete Verhältnisse herbeizuführen, sei dort seit 1. Januar d. J. bereits ein dritter Mann eingestellt worden, der vorläufig auf einem anderen Bureau entnommen sei. Wenn die Ausstellung der übrigen Legitimationen, wie Passkarten, Landkarten etc. nicht verzögert werden solle, müsse das Personal dauernd vermehrt werden. Eine Mehrbelastung der Stadtkasse entstehe dadurch nicht, da für die Radfahrerkarten mehr als 5000 Mk. Gebühren erhoben würden.

Stadtr. Schullehrer Körner tritt lebhaft für eine Polizeiwache in Schleußig ein, wenn auch dankbar anerkennen sei, daß der Polizeidirektor den Polizeistat im Interesse der Steuerzahler nicht zu hoch wachsen lassen wolle. Auch eine Weidestelle sei für Schleußig notwendig, insbesondere auch für die arbeitenden Klassen.

Stadtr. Joachim will für den Radfahrer-Aktuar stimmen. Ihm sei ausgefallen, daß bei der Erneuerung des Verbots, die Grimalische und Petersstraße mit Fahrrädern zu befahren, das Verbot auch auf Kraftfahrzeuge ausgedehnt worden sei. Das sei wohl nur ein Versehen. Im Verkehrswesen sei es Pflicht der Verwaltung, daß der Steigerung des Verkehrs die Wege geebnet würden, wenn nicht die jetzt begangenen Sünden später an den Fuhrwerksbesitzern heimgekehrt werden sollten. Unserem Verkehr müsse eine sehr reformierende Tätigkeit zugewendet werden; darin sei Redner einig mit allen Herren vom Verein der Fuhrwerksbesitzer, die doch alle ganz respektable Leute seien; trotzdem habe aber eine Eingabe dieser Herren an das Polizeiamt nur negativen Erfolg gehabt. Da unsere Straßen einen stärkeren Verkehr nicht zu lassen vermögen, müsse der Verkehr in geordnete Bahnen gelenkt werden. Von 50 bis 75 Prozent aller Fuhrwerke werde jetzt falsch, d. h. vorwärtswärts gefahren, so daß dadurch sogar die Straßenbahnwagen aufgehalten werden. Sätze dies auch ein Schuhmann, so bekümmere er sich doch nicht darum; das Fuhrwerk fahre alsbald wieder auf den Schienen und bilde so ein neues Verkehrsbedürfnis. Die an verschiedenen Straßenenden angebrachte Werbung; Radfahrer abhaken sei durchaus verwerflich. Ein besseres Mittel, den Verkehr zu hemmen, könne es gar nicht geben, als wenn die Radfahrer an belebten Verkehrspunkten abhaken und ihr Rad führen müßten. Diefelbe Unordnung wie im Fuhrverkehr sei auch im Fußverkehr vorhanden; das Publikum bewege sich mit einer gewissen Nachlässigkeit auf dem Straßendamm herum. Redner setzt sich mit seinem Automobil durch einen Mann in Gefahr geraten, der plötzlich vom Trottoir auf die Fahrbahn trat, um diese zu kreuzen. Seitdem fahre Redner auch vorsichtsvoll auf der Straßennitte. Es sei notwendig, daß Zucht, Ordnung und Disziplin geschaffen werde. Das Publikum müsse angehalten werden, auf den Fuhrverkehr Acht zu geben. Wenn hier der Polizeidirektor

für Ordnung sorgen wolle, so würde er sich ein großes Verdienst für das Leipziger Verkehrswesen erwerben.

Stadtr. Kuffel tritt für eine Verbilligung des Adreßbuchs an. Das Leipziger sei teurer als das Hamburger und Berliner. Polizeidirektor Bretschneider: Er habe schon früher an die Herausgabe eines Adreßbuchs durch die Stadt gedacht; sie würde aber noch teurer werden als jetzt. Das ganze Jahr hindurch müsse dabei ein besonderes Bureau geführt werden. Die Firma Erdmann sei ja auch dem Bedürfnis entgegengekommen, indem sie eine kleinere, billigere Ausgabe erstehen läßt. Die gewünschte Ausgabung der Schuhmanngehälter am letzten oder vorletzten Tage des Monats wolle er in Erwägung ziehen. Es stehe dem aber das Bedenken entgegen, daß die Gehälter manchmal — gepfändet würden. Wenn eine solche Pfändung erst am letzten des Monats eingehe und der Gehalt sei schon gezahlt, so habe die Stadt den Schaden. Auf das, was Herr Joachim gesagt, wolle er nur erklären, daß er sich freuen würde, wenn diese Worte bei den Geschäftsführern und dem Publikum Beachtung fänden. Die Polizei stände den zahlreichen Vorschriften-Verletzungen machlos gegenüber.

Stadtr. Kappelhoff äußert die Hoffnung, daß die Forderung für die Schleußiger Wache wenigstens im nächsten Jahre wiederkehren werde. Stadtr. Pöschel verlangt Gleichberechtigung; jetzt würden in der Hauptsache nur die Geschäftsführer bestraft. Die vom Militär entlassenen Leute verständen nicht zu fahren; bisweilen schließten auch die Geschäftsführer. Im übrigen blieb der Redner in seinen längeren Ausführungen unverständlich.

Stadtr. Klemann wirft die Frage auf, wie weit das Projekt einer besonderen Krankenversicherung für die Unterbeamten des Rates und Polizeiamtes geblieben seien. In den letzten Tagen sei im Krankenhaus ein Polizeibeamter verstorben, der sich vor etwa 14 Tagen einen Revolverausch in den Kopf beibrachte. Der Grund dieser That war, daß der Beamte sich zur Behandlung seiner kranken Familienangehörigen an einen Arzt gewandt habe, der ihn nun wegen der Kostenrechnung in Höhe von 600 Mk. verklagt hatte. Polizeidirektor Bretschneider bestätigt diese Thatsache und Stadtr. Lampe erklärt, daß die Vorarbeiten wegen der Kassen-gründung noch nicht zum Abschluß gekommen seien.

Das Konto Polizeiamt wird darauf nach den Anträgen der Ausschüsse genehmigt. Der Radfahrer-Aktuar und die Schleußiger Polizeiwache werden abgelehnt.

Eine Ratsvorlage, betr. die Aufstellung einer Gehaltsstaffel für das Pflegepersonal in der Heilanstalt Döben wird mangels genügender Begründung und Erläuterung abgelehnt. Bürgermeister Dr. Dittrich stellt eine neue Vorlage in nahe Aussicht. Bei den jetzigen Löhnen sei ein geeignetes Wärterpersonal nicht zu erlangen.

Für die Einführung der Wasserleitung in die Bitterfelder Straße werden 4797 Mk. bewilligt.

Die projektierte Erweiterung der Zuleitung des Wasserwerks ist auf 1250000 Mk. Kosten veranschlagt worden. Die jetzige möglich höchste Tagesleistung des Wasserwerks sind 55000 Kubikmeter, schon jetzt werden aber an einigen Tagen des Jahres 52000 Kubikmeter gebraucht, so daß sehr bald die höchste Leistungsfähigkeit des Wasserwerks in Anspruch genommen wird. Nach der Vorlage soll die Leistungsfähigkeit des Werkes nun auf 110000 Kubikmeter pro Tag gebracht werden. Der Wasserverlust von etwa 25 Prozent sei auf das Konto der mangelhaften Wasser-messer in den Häusern zu stellen. Die im Ausschuss in Anregung gebrachte Trennung von Trink- und Wirtschaftswasser sei aus sanitären Gründen zu verwerfen.

Nachdem Stadtr. Zähne sich dagegen verwahrt hat, daß die beim Wasserwerk voraussichtlich entstehenden höheren Betriebskosten den Hausbesitzern aufgebaldet werden, wird die Vorlage ohne weitere Debatte einstimmig angenommen.

Wegen die Verbilligung von 406 Mk. zur Verlegung des Kriegerdenkmals in Kleinschöcher stimmten nur die Sozialdemokraten, die der Ansicht waren, daß die Kostenbedeutung der durch den Kirchenbau notwendig werdenden Verlegung Sache der Kirchengemeinde sei.

Die Vorlage über Herstellung eines Platzes an der Schnorr- und Rödelstraße in Schleußig wird abgelehnt, weil der Preis für das zu erwerbende Areal (20 Mk.) zu hoch sei und die Kosten nicht wie in anderen Fällen von den späteren Anliegern des Platzes zurückgefordert werden sollen.

Zur Neuannahme der Flur Portitz wird ein städtischer Beitrag von 800 Mk. bewilligt.

Dem Verkauf eines Bauplatzes an der Götzenstraße zum Preise von 66 Mk. wird zugestimmt.

Die Prozeßführung auf die Klage des Bichleschen Konkurses gegen die Stadtgemeinde wegen einer im Völkermuseum befindlichen Sammlung wird genehmigt.

Es folgte noch eine nichtöffentliche Sitzung.

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

Leipzig, 18. Februar.

Büchler aus Klein-Tschirne, der bekannte „Sozialreformer“, beschäftigt heute wieder einmal auf einige Zeit das Reichsgericht. Vom Landgerichte I in Berlin ist der Graf am 9. November v. J. wegen Vergehens gegen § 130 des Strafgesetzbuchs zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, während der mitangeklagte Redakteur der Staatsbürgerzeitung freigesprochen wurde. In den Concordiasälen in Berlin hatte der Graf am 10. Dezember 1900 in einer Antisemitenversammlung eine Rede zu halten begonnen, als der überwachende Polizeibeamte die Versammlung auflöste. Sofort meldete der Graf eine neue Versammlung für den 14. Dezember in demselben Lokale an und hatte die Genehmigung, 800 Zuhörer seine Ideen ungehindert auseinandersetzen zu können. Er forderte sie zu energischem Kampfe gegen die Juden auf. Am vergangenen Montag, sagte er, wurden wir aufgelöst, weil wir eine Razzia auf die Juden halten wollten; wir wollen es aber heute thun, in alle Lokale gehen und die Juden raus-schmeißen, und wenn die Wirte dies nicht zulassen, diese auch. Nach den getroffenen Feststellungen lachten die Versammelten viel über seine sonstigen drastischen Redewendungen. In der Hauptverhandlung behauptete der Angeklagte, er habe nur geschätzt und die derben Ausdrücke seien durch das Wesen der Volksversammlung bedingt gewesen. Nach Ansicht des Gerichtshofes hat er aber keineswegs nur geschätzt, sondern die christliche Bevölkerungs-klasse zu Gewaltthatigkeiten gegen die jüdische aufgehetzt. Nach den Zeugenaussagen hat der Angeklagte in seiner Rede u. a. gesagt: „Kommen Sie alle nach Klein-Tschirne; da finden Sie gute Aufnahme. Dort ist nur ein Polizist und ein Jude, den können Sie verbrennen, so oft Sie wollen.“ Der Angeklagte hat dazu geantwortet, 1. die Juden an dem fraglichen Abend aus den Berliner Schanklokalen herauszuheben und 2. den in Klein-Tschirne ansässigen Juden zu verheuen. Die Aufforderung war nach Ansicht des Gerichtshofes ernst gemeint. Es bestand, so heißt es im Urteile, zur Zeit der Rede des Angeklagten überhaupt in Berlin eine weniger freundliche Stimmung gegen die Juden als sonst und die Juden durften sich wohl in ihrem Frieden durch die öffentlichen Reden des Angeklagten gefährdet fühlen. Der Angeklagte war sich bewußt, eine Stimmung zu erzeugen, die den öffentlichen Frieden ge-

fährden konnte. — In der Revision des Angeklagten wurde ausgeführt: Der Thatbestand des § 130 ist zu Unrecht als gegeben angesehen worden. Es ist festgestellt, daß gerade die drastischen Redewendungen mit Heiterkeit aufgenommen wurden und daß der Angeklagte sie scherzhaft gebraucht hat. — Das Reichsgericht erkannte auf Verurteilung der Revision, da im Gegenteil festgestellt sei, daß er die fraglichen Wendungen nicht im Scherz, sondern im Ernst gebraucht habe.

Landgericht.

Leipzig, 19. Februar.

Vergehen gegen das Musterschulgesetz. Die Firma Isleib u. Bebel hier hat Thürkintken und -Schilder in das Musterschulbuch eintragen lassen, die von ihr als Specialität angefertigt werden, um sie vor Nachahmung zu schützen. Im Jahre 1898 hat sie indes einen Katalog der Firma Stern in Plagwitz zu Gesicht bekommen, in dem ihre geschützten Artikel mit aufgezichnet waren. Ein Briefwechsel mit der Firma St. führte zu keiner Einigung und so erstattete Isleib Anzeige. Der Inhaber der Firma Stern, W. Alexander, hatte sich deshalb heute vor der zweiten Strafkammer zu verantworten. Als Sachverständiger war von seiner Seite der Direktor vom Kunstgewerbemuseum, Dr. Graul, geladen; außerdem war noch ein technischer Sachverständiger da. A. bestreitet zunächst, daß die von ihm gefertigten Kintken und Schilder eine Nachahmung der Isleib'schen Produkte seien; er habe diese gar nicht gekannt; die Anregung zu der Form und Ausführung besagter Artikel habe er zum Teil von einer anderen Firma, zum Teil sei es eigene Erfindung. Während das Gutachten des technischen Sachverständigen zu Gunsten des Angeklagten ausfällt, lautete dasjenige Dr. Graul's gerade entgegengesetzt. Der Verteidiger A. führt aus, daß das Gericht schwerlich zu einer Verurteilung kommen könne, schon wegen der Konsequenzen, da die verlegte Firma dann im Falle einer Verurteilung auf dem Wege des Civilrechts mit Ansprüchen kommen würde. Dieser Anschauung schloß sich das Gericht aber nicht an, sondern verurteilte Alexander zu 600 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten. Mit dem Vorkaufsrecht wird die Firma J. u. B. abgewiesen.

Schöffengericht.

Leipzig, 19. Februar.

Arbeitswilligenbeleidigung. In nicht geringe Aufregung versetzt wurden die Maurer am Rathausneubau dadurch, daß am 14. Dezember v. J. der als Arbeitswilliger unter den Maurern vom Streik 1897 hinfänglich bekannte Maurer Dr. daselbst zu arbeiten anfangen sollte. Die dort beschäftigten Maurer sollen es abgelehnt haben, mit V. zusammen zu arbeiten und haben ihre Meinung in etwas drastische Worte gekleidet; vornehmlich soll es der Maurer Dr. gewesen sein, der V. durch Worte, die auf den Charakter und die Thätigkeit Dr.'s ein recht schlechtes Licht werfen, schwer beleidigt habe. V., als Zeuge vernommen, sagt mit Bestimmtheit aus, daß Dr. die beleidigenden Aeußerungen gethan habe. Mit Rücksicht auf die schwer beleidigenden und drohenden Aeußerungen, so führte der Vorsitzende in der Urteilsbegründung aus, habe das Gericht eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen als eine angemessene Sühne befunden. Die von Dr. als Entlastungszeugen angegebenen Personen konnten wegen Verdachts der Mithäterschaft nicht in Frage kommen. Dem Verletzten wird die Befugnis zugesprochen, den verfügbaren Teil des Urteils 8 Tage lang am Neubau des Rathauses auf Kosten Dr.'s aushängen zu lassen.

Oberkriegsgericht.

Dresden, 19. Februar.

Rekrutenmißhandlungen. Am 14. Oktober 1899 war der Handarbeiter Karl Ernst Kunze aus Alt-ranstädt als Zweijährig-Freiwilliger beim 106. Regiment eingetreten. Nachdem er am 6. Mai 1901 Befreiter geworden war, wurde er 14 Tage später Unteroffizier. Als solcher kapitulirte er bis zum Oktober 1903. Im Herbst v. J. wurde Kunze die Ausbildung der Rekruten der vierten Korporalschaft der 12. Compagnie übertragen. Nachdem jedoch Anzeige gegen ihn wegen Mißhandlung Untergebener erstattet worden war, wurde ihm die weitere Rekruten-ausbildung entzogen. In der heute vor dem Kriegsgericht der 24. Division gegen Kunze anstehenden Verhandlung wurden ihm Mißhandlungen von nicht weniger als fünf Rekruten zur Last gelegt. Zunächst handelte es sich um den Rekruten Bribil, dem der Angeklagte beim Exerzieren drei bis fünfmal mit der Hand ins Gesicht geschlagen und einmal mit der Faust gegen das Kinn gestoßen hatte, daß dem Gemüthhandelten ein allerdings schon angegangener Zahn abbrach. Der Rekrut Uhlig, der Gerechtigkeitsschläge in kniender Stellung machen sollte, wurde, weil er seine Sache nicht ordentlich machte, von Kunze mit der Fußspitze getreten. Außerdem war er einige Male ans Ohr geschlagen worden. Am schlechtesten kam der Rekrut Schönherr weg, denn er wurde nach der Anklage mindestens zehnmal von dem Angeklagten geschlagen. Bei einer Uebung klopfte ihm Kunze mit der Scheide seines Seitengewehrs auf die Finger, daß sie bluteten. Von den Schlägen an die Ohren spürte Schönherr ein Stechen im Ohr, das sich namentlich beim Waschen bemerkbar machte. Dem Rekruten Schmidt hatte der Angeklagte bei einer Uebung auf dem Korridor den Befehl gegeben, ins zweite Glied zu treten. Als Sch. diesem Befehl nicht nachkam, weil er ihn nicht verstanden hatte, erhielt er von dem Angeklagten einen Stoß, daß er mit dem Kopf gegen die Wand flog. Die Mißhandlungen dieser vier Rekruten hatten sich sämtlich während des Dienstes zugetragen. Außerdem wurde Kunze noch beschuldigt, den Rekruten Wölkel, der erst nach Weihnachten aus dem Lazarett gekommen war, unter Mißbrauch der Dienstwaffe eines Tages, während W. am Schranke stand und sich ein Stück Brot ab-geschneitten hatte, mehrere Male mit seinem Seitengewehr ins Kreuz geschlagen zu haben. Der Angeklagte konnte die ihm beigegebenen Strafthaten zwar nicht in Uebrede stellen, jedoch versuchte er, die einzelnen Vorgänge möglichst harmlos zu schildern. Das Verabreichen von Ohrfeigen bezeichnete er als leichtes „Rathschgeben“. Die von ihm geschlagenen Rekruten waren seiner Angabe gemäß diejenigen, die am schwersten begriffen und denen wenig beizubringen war. Bezüglich des letzten Auflagepunktes räumte Kunze ein, daß er den Wölkel allerdings einmal geschlagen habe,

er habe dies aber nicht mit seinem Seitengewehr, sondern mit seinem Koppel gethan. Die Korporalschaft habe damals ihre Seitengewehre bereits behufs einer Inspektion abgegeben und er ebenfalls. Von dem Feldwebel Heine mann wurde bekundet, daß Kunze im Dienst schroff auf getreten sei. Die von Kunze mißhandelten Rekruten hatten früher keine Meldung gemacht, weil sie fürchteten, daß sie es dann bei dem Angeklagten schlecht haben würden und dieser ihnen die Anzeige verweigern werde. Nachdem der Rekrut Schönerich am 15. Januar krank gemeldet hatte und dieser wegen einer Mandelentzündung ins Lazarett mußte, war es zur Sprache gekommen, daß Sch. am Tage vorher von dem Angeklagten gestochen worden war, wonach er Kopfschmerzen verspürte, war von anderer Seite Anzeige gegen den Angeklagten ergangen. Nachdem die Untersuchung gegen Kunze eingeleitet worden war, hatten die Gemißhandelten dann bei ihren Verhören angegeben, in welcher Weise der Angeklagte mit ihnen verfahren war. Diese Angaben, die sich in der Hauptsache mit dem Anklage beschluß decken, wiederholten sie auch vor Gericht unter Eid. In der militärischen Beurteilung wurde Kunze als ein strammer Soldat bezeichnet, der sich stets gut geführt hat. Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Gelfer, beantragt eine strenge Bestrafung. Das Gericht erkannte gegen Kunze wegen Mißhandlung Untergebener in fünf Fällen auf zwei Monate zwei Wochen Gefängnis, sah jedoch von einer Degradation des Angeklagten in Anbetracht seiner bisherigen Unbescholtenheit ab. Der Antrag des Vertreters der Anklage, Kunze wegen Mordverdachts vorläufig festzunehmen, wurde vom Gericht abgelehnt.

Schwurgericht.
Leipzig, 20. Februar.

Vorsätzliche Brandstiftung. In der heute begonnenen ersten Schwurgerichtsperiode kam eine von der letzten Schwurgerichtsperiode zurückgestellte Brandstiftung zur Verhandlung. Die Sache mußte seiner Zeit zurück gestellt werden, weil der Angeklagte auf seinen Geisteszustand untersucht werden mußte. Als Sachverständige sind zur heutigen Verhandlung der Assistenzarzt der psychiatrischen Klinik, Dr. D., und der Gerichtsarzt Dr. Thimmeler sowie 11 Zeugen geladen. Die Vernehmung des Angeklagten hatte folgendes Ergebnis. Der Angeklagte Ernst Paul Gen aus Holzern ist am 30. November 1877 daselbst geboren, besuchte dort die Dorfschule, diente nach seiner Entlassung aus der Schule bei den Bauern und vor einiger Zeit vertauschte er diese Thätigkeit mit der Fabrikarbeit. Im Sommer vergangenen Jahres hat Gen Sonntags auf dem A. sehen Gute mitgeholfen. Am 1. September ist er morgens 4 Uhr auf das Gut gegangen und hat bis zur Kirchzeit mitgearbeitet. Um 7 Uhr brachte K. den Anechten 1/4 Liter Schnaps, von dem Gen den größten Teil getrunken hat. Um 9 Uhr gab es dann noch einmal Früh trunken. Er ging darauf nach Hause zu und kam an das Friedrichsche Gut. Hier stieg er über die das Gebäude um gebende Mauer, brannte sich eine Cigarre an und warf dann das brennende Streichholz auf das Dach des Pferde stalles. Als dies aber kein Feuer fing, brannte er noch mehrere Streichhölzer an und warf diese in das Stroh in der Scheune; dadurch brannte die Scheune und das Stall gebäude bis auf die Umfassungsmauern nieder. G. lief, als es brannte, davon, kehrte aber auf dem Wege wieder um und half mit löschen. Hier wurde er vom Gemeindevorstand auf Veranlassung des Untbefehlers W., der den Vorgang mit feinen Angehörigen mitangesehen hatte, auf der Stelle verhaftet und ins Spritzenhaus gesperrt. Dem Gendarmen gegenüber hat G. die That hartnäckig geleugnet; vor dem Untersuchungsrichter räumte er indes ein, das Feuer ange legt zu haben, doch vermag er keinen Grund anzugeben, da er gegen die A.s absolut nichts hatte. Seine Aussagen in der Hauptverhandlung stimmten mit denen vor dem Untersuchungsrichter gemachten überein. Die Arbeitszeug nisse und Zeugnisse lauten sehr günstig und schil dern G. als einen fleißigen, braven Arbeiter. Einzelne Zeugen bekunden, daß G. an jenem Morgen nicht so viel getrunken habe, als er selbst angiebt.

(Die Verhandlung dauert fort.)

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 20. Februar.

Achtung, Rauchwarenzurichter! Die Sperre über die Jurisdiktion von R. Nise in Weiskensfeld dauert unverändert fort und ist Bezug zu vermeiden.

Die Sektionsleitung der Rauchwarenzurichter.

In den Musikwerken Symphonien (Schumann, R. G.) war bekanntlich durch das arbeiterfeindliche Auftreten des Direktors Schluß im Jahre 1899 ein Streit hervorgerufen worden, der für die beteiligten Arbeiter ungünstig verlief, weil es der Firma gelang, genügend Arbeitswillige heranzuschaffen. Nach dem Wortlaut des eigenen Geschäftsberichts war dieser Streit die Ursache, die früher erzielten Uebererlöse bedeutend zu vermindern, so daß die Aktionäre nicht nur keine Dividende bekamen, sondern sogar Verluste des Aufsichtsrates zur Deckung des Defizits in den eigenen Geldbeutel greifen mußten. Eingeweihte wissen, daß die von den Arbeitswilligen hergestellten Werke derart mangelhaft waren, daß die Abteilung für Reparaturen erheblichen Umfang annahm.

Später ist es der Firma gelungen, nachdem die Arbeits willigen zum großen Teil den üblichen Fuhrtritt erhalten haben, wieder leistungsfähigere Arbeiter heranzuziehen und man sollte erwarten, daß die Direktion bestrebt wäre, durch entgegen kommende Behandlung der Arbeiter neue Differenzen zu vermeiden. Doch dem ist leider nicht so. Die nach dem System des Herrn Schluß gefertigte Fabrikordnung, die unter anderem von den Arbeitern Achtung vor den Vorgesetzten und gestittetes Benehmen verlangt und für Verstöße hiergegen Strafen bis zum vollen Tagesverdienst vorschreibt, enthält noch die weitere Bestimmung, daß Agitation und Vertrieb politischer Zeitungen mit sofortiger Entlassung geahndet wird. Des weiteren wird jeder Arbeiter angewiesen, etwaige Beschwerden nur für sich anzubringen.

Diese Bestimmungen, die der Willkür Thür und Thor öffnen, bildeten erst vor kurzem wieder die Grundlage, einen Kollegen zu entlassen, der im Austrage der dort beschäftigten Holzarbeiter deren Wünsche der Direktion unterbreitet hatte. Der früher in der Organisation mit thätige, jetzige Tischlermeister dieser Firma leistet hierbei leider Helfersdienste.

Der Entlassene verzichtete von vornherein auf Wieder einstellung, so daß seine Mitarbeiter davon absahen, sich mit ihm solidarisch zu erklären, doch sei im Interesse der Firma selbst diese gemahnt, den Bogen nicht zu straff zu spannen, denn, obgleich Herr Schluß zwar sagt: „Ich prüfe auf die Arbeitervereinigungen“ so dürfte er doch im Falle erneuter Differenzen rufen können: „Noch ein solcher Sieg und ich bin verloren.“ Den dort beschäftigten Arbeitern aber sei geraten, soweit es noch nicht geschehen ist, sich ihren Berufsorganisationen anzuschließen.

Die Sektionsleitung der Musikarbeiter.

Die Wahlbeteiligung an der Ortskrankenkassenwahl ist auch am gestrigen Tage härter gewesen als bei der vorigen Wahl. Es haben 3002 Mitglieder ihre Stimme abgegeben, gegenüber 2277 im Jahre 1899. In der ersten Abteilung wählten 1704, in der zweiten Abteilung 494 und in der dritten Abteilung 804 Mitglieder. Heute findet keine Wahl statt. Morgen, am letzten Wahltage, wählen die Kassenmitglieder mit Qu bis Z als Anfangsbuchstaben ihrer Namen. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

k. Ueber den Begriff Krankheit im Sinne des Kranken versicherungsgesetzes hat sich am 18. Januar das sächsische Ministerium des Innern wie folgt ausgesprochen. Für diesen Begriff — so sagt es — fehlt es an einer gesetzlichen Erklärung. Es ist der Vorinstanz darin beizupflichten, daß Wissenschaft und Rechtsprechung in der Feststellung des Begriffs Krankheit aus einandergehen mögen. Allein darüber herrscht Einverständnis, daß Krankheit im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes einen anormalen Zustand, d. h. einen solchen Zustand voraussetzt, welcher nicht durch die natürliche Entwicklung des Menschen bedingt wird, sondern sich als eine Störung in der normalen Körperbeschaffenheit und in deren natürlichem Entwicklungs gange darstellt. Soweit der vorliegende Fall — die Behauptung, daß ein Kassenmitglied „weitsichtig“ ist — in Frage kommt, fehlt es an jedem Nachweis dafür, daß die Weitsichtigkeit, die den Arbeiter angeblich in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt, auf einem anormalen Zustande in dem oben festgestellten Sinne beruhe. Es ist daher das Begehren des Arbeiters, von der W. sehen Fabrikkrankenkasse mit einer Brille ausgestattet zu werden, nicht für begründet zu erachten. — Das Ergebnis dieser Argumentation dürfte vielen Arbeitern unverständlich sein.

Der Nationalliberale Verein hielt gestern Abend im Saale des Vereins für Volkswohl eine Versammlung ab. Wer etwa glaubt, daß man sich mit Herrn Gasse oder dessen Stellung zum Sozialismus beschäftigen hätte, irrt sich gründlich. Die nationalliberalen Herren ritten ihr altes „Kulturkämpferisches“ Streifenpferd gegen das Centrum und nahmen dann folgende wichtigtheuerliche Resolution an: „den Vorstand des National liberalen Vereins zu ermächtigen, in Erwägung zu ziehen, ob und in welcher Weise dem heutigen Abend eine Folge durch eine „Erklärung“ (gegenüber Landtag, Reichstag, Regierung, Bundesrat) gegeben werden solle“.

Diese Körperpropheten werden über eine „Erklärung“ der „liberalen“ Proleten und Arbeiter der Judithausvorlage gar schnell zur Tagesordnung übergeben, denn vom „Liberalismus“ der Herren Gensel und Genossen ist halt gar nichts mehr ernst zu nehmen.

Große Leipziger Straßenbahn. In der heute ab gehaltenen Sitzung des Aufsichtsrats der Großen Leipziger Straßenbahn wurde der Abschluß für das Geschäftsjahr 1901 seitens der Direktion vorgelegt. Derselbe ergibt nach Dotierung des Erneuerungsfonds mit 450000 Mk. einen Reingewinn von 81541.42 Mk. Der auf Mittwoch den 19. März d. J. ein zuberufenen Generalversammlung soll vorgeschlagen werden, hiervon wie in früheren Jahren 190000 Mk. dem Amortisationsfonds, 20000 Mk. dem Beamten-Unterstützungsfonds zuzurechnen und nach Rückstellung der üblichen Tantiemen und Gratifikationen 550000 Mk. auf 10 Mill. Mk. Aktienkapital 5% Proz. Dividende zur Verteilung zu bringen und 12274.75 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen.

Kredit- und Sparkbank. Ein großer Teil der Aktionäre der Kredit- und Sparkbank erklärt sich gegen jede Zusammen legung des Aktienkapitals und wird in der bevorstehenden Generalversammlung gegen die geplante Sanierung stimmen.

Neue 20-Münzstücke. Die 20-Münzstücke aus Nickel haben sich bekanntlich im Verkehr sehr unpraktisch erwiesen. Infolgedessen sollen, wie in den Schalterbüros angebracht bekanntmachungen besagen, diese Geldstücke voraussichtlich am 1. Januar 1903 zur Einführung gelangen. An Stelle dieser Geldstücke wird eine neue Münze treten, die ebenfalls aus Nickel besteht, deren Prägung aber eine gefälligere sein soll.

Leipziger Fremdenverkehr. Nach den beim Verkehrsverein Leipzig Bureau für kostenlose Auskünfte, Städtisches Kaufhaus, Kupfergäßchen) eingegangenen polizeilichen Mitteilungen sind in der Woche vom 10. bis 16. Februar in den Leipziger Hotels 2535 Fremde angekommen, darunter 2379 Reichsdeutsche, 138 aus anderen europäischen Staaten und 18 aus außer europäischen Ländern.

Ein Hochkapler. Als Journalist Dr. Bode führte sich vor einiger Zeit ein unbekannter Mensch bei einem hiesigen Ein wohner ein und verstand, diesen zur Vorstreckung eines Dar lehns von 50 Mk. zu bewegen. Der angebliche Journalist sprach viel von seinen Beziehungen zu auswärtigen Zeitungen, doch hat sich herausgestellt, daß alle diese Angaben erlogen sind. Vermutlich ist der angebliche Dr. Bode ein geriebener Hochkapler. Beschrieben wird er: etwa 45 bis 50 Jahre alt, von mittlerer starker Gestalt, mit dunklem Haar und herunter hängendem Schnurrbart, bekleidet mit braunem Havelock. Der Unbekannte trägt Kleiner und leidet an nervösen Zuckungen im Gesichte.

Kleine Polizeinotizen. Verhaftet wurde hier ein 26 Jahre alter früherer Student aus Hannover, der wegen verschiedener Vergehen bereits mehrmals vorbestraft ist und sich nun wieder wegen größerer Betrügereien zu verantworten haben wird. Der Verhaftete hat im vorigen Jahre eine Heilung unter falschem Namen in einem der ersten Hotels in Baden gelebt und den Hotelier, sowie auch andere Personen, von denen er Darlehen erzwang, um weit über 1000 Mark geschädigt. Der Betrüger hatte gelegentlich einer früheren Verhaftung einen Selbstmordversuch gemacht, der aber mißlang.

Ein Diebesthorium nahm die Plagwitz Kriminall polizei in sachen, zum Teil schon vorbestrafter Personen im Alter von 17 bis 32 Jahren fest. Den Verhafteten fallen eine große Anzahl von Einbruchdiebstählen zur Last, die sie in Kellern und Geschäftsbläden hiesiger Stadt ausgeführt haben. Sie sind bereits mehrerer dieser Diebstähle überführt worden.

Eine Ladenbierkeg ließ sich in einem Geschäft in der Nähe des Bayerischen Bahnhofes mehrere Uhren zur Ansicht vorlegen. Davon hat die Diebin in einem geeigneten Augenblicke eine goldene

Damen-Kemontour Nr. 22940 gestohlen, womit sie, ohne zu kaufen, verfuhr. Die Diebin machte 25 bis 30 Jahre alt sein, war von großer Gestalt, hatte volles Gesicht und schwarzes Haar. Der Geschädigte hat auf Wiedererlangung der Uhr 10 Mk. Be lohnung ausgesetzt.

Aus einem Hotel am Königsplatz sind gestern Abend zwei Deckbetten mit weißen Ueberzügen, sowie verschiedene Wäschestücke gestohlen worden.

Einbruchdiebe stahlen aus einer Bodenkammer in der Nikolaistraße einen dunkelblauen Cheviotanzug sowie einen graublauen Jacketanzug von glatten Stoffe.

In der Werberstraße wurde aus einem Hofe ein zweirädriger, dunkelblau angestrichener Handwagen mit der Firmenbezeichnung F. W. Widenbers, Leipzig, gestohlen.

Vereine und Versammlungen.

Versammlung der Portefeuller-, Galanterie- u. Stulzarbeiter. In der am 15. Februar 1902 in Stadt Gotha tagenden öffent lichen Versammlung erfolgte die Berichterstattung über die Beschlüsse der Frankfurter Konferenz. Kollege Parshy resumirte sich dahin, die Mitglieder möchten es dem Verbandsvorstand der Buchbinder anheim geben, die Beschlüsse der Einigungskonferenz, resp. die dem Portefeullerverband gemachten Konzeptionen fallen zu lassen. Es wird folgende Resolution unterbreitet: „1. Die heute in der in Stadt Gotha tagenden öffentlichen Portefeullerverammlung an wesenden Portefeuller, im Buchbinderverband organisiert, erklären ihr völliges Einverständnis mit den von der Kommission in Nr. 3 der Buchbinder-Zeitung veröffentlichten Artikel niedergelegten An schauungen. 2. Im weiteren weist die Versammlung den von Begler und Dietrich gefällenen Ausdruck zurück, daß sich die Stulzarbeiter lieber gar nicht oder in einer christlichen Gewerkschaft organisieren sollen, ehe sie es im Portefeuller thun dürften. Die Versammlung vermißt, daß sich die genannten Gewerkschaftsleiter bei Behandlung dieser Sache von großen Gesichtspunkten haben lassen.“ — Kollege Krempler sowie Kollege Gallsch empfehlen den Mitgliedern hier am Ort, diese Frage etwas ruhiger zu behandeln und können das Entgegenkommen des Verbandsvorstandes dem Portefeuller verband gegenüber verstehen. Es würde dadurch doch sicher die Streitfrage beseitigt und nicht ein lauchender Dritter geschaffen. — Obige Resolution wird jedoch gegen 4 Stimmen angenommen. — Zur Bearbeitung der Statistik wird eine Kommission gewählt, von deren Mitgliedern je einer der 8 Branchen angehört. Gewählt werden Kollege Frische für die Portefeuller, Kollege Jant für die Galanteriearbeiter und Kollege Franke für die Stulzarbeiter. Erklärt wird seitens des Vorsitzenden, die Fragebogen bis 25. d. M. an das betreffende Kommissionsmitglied zu retournieren. — Unter Gewerkschaftlichen wird das Verhalten des Leipziger Kartells gerügt in der Frage der Wiederwahl des Ortskrankenkassenvorsitzenden Dr. Schwabe. Kollege Gallsch kann dieses Votum auch nicht billigen, aber zum Teil verstehen. Die Urachen dürften wohl schon ältere Angesehenen sein, jedoch müßten in dem Vorhand der Ortskrankenkasse sowie bei den Delegierten des Kartells teilweise Leute mit festerer Meinung sein. Bei dieser Angelegenheit wurde auch auf die Wahlen der Generalsammlungsvertreter zur Ortsklasse aufmerksam gemacht und die Ausübung des Wahlrechts empfohlen. — Kollege Boltz weist auf die Urabstimmung im Portefeullerverband hin und es werden für die hiesigen Einzelmitglieder Kollegen Hänel und Heipel zu Kontrollleuten gewählt. — Es wird noch ein Brief über Berliner Stulzarbeiterverhältnisse gelesen; leider waren recht wenig von dieser Branche anwesend, so daß eine Erörterung nicht erfolgte. Ge wünscht wurde nur von verschiedenen Kollegen, eine regere Agitation in dieser Branche anzustreben. — Nachdem auf die Buchbinder vergangen sowie auf den Familienabend der Portefeuller am 2. März im Coburger Hof hingewiesen war, erfolgte Schluß der Versamm lung um 12 Uhr.

Telegraphische Depeschen.

Boffs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

Berlin, 20. Februar. In der Zollkom mission erklärte Staatssekretär Graf Posadowsky, der Kompromißantrag Herold sei für die Regierung in keiner Form und in keinem Stadium der Beratung annehmbar.

Berlin, 20. Februar. Beim Beginn der heutigen zahlreich besuchten Sitzung der Zolltariffkommission, wozu die Staats sekretäre Frhr. v. Nischolden und Graf Posadowsky erschienen waren, erklärte der Vorsitzende, daß die zu erwartenden Regierungserklärungen vertraulich zu behandeln seien.

Madrid, 20. Februar. Alle Gruppen der parlamentarischen Opposition sind darin einig, die Regierung für unfähig zur Lösung des Konfliktes zu erklären. Das Cabinet müsse durch ein anderes ersetzt werden. Möglicherweise beruft die Regierung die Reservemannschaften ein. Gegenüber einigen auswärtigen Zeitungen, die behaupten, daß die Bewegung in Barcelona eine politische sei, wird in Regierungskreisen versichert, daß sie lediglich einen sozialen Charakter hat, der deutlich erkennbar sei. Die Correspondencia d'España glaubt, daß die Regierung Truppen nach Barcelona schicke, da eine Sozialistenbewegung zu befürchten sei.

Nach Depeschen aus Barcelona herrscht im Tec-Thale große Erregung. Die telephonische Verbindung zwischen Barcelona und Badalona ist unterbrochen. In Villanueva y Geltru kamen Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht vor. Der Zeitungs verkauf in Madrid ist unterjagt. Die Gesellschaft Nicos Kreuz hat Befehl erhalten, ihr gesamtes Material bereit zu halten. Es wird eine Ausdehnung des Ausstandes auf die Provinz Saragossa befürchtet. Am 1. März wird ein allgemeiner Aus stand in ganz Spanien erwartet.

In der Kammer erklärte die Regierung auf eine Anfrage, die Lage in Barcelona sei nach den amtlichen Berichten unver ändert.

Auskunft in Rechtsfragen.

N. N. 100. Bei der Steuererschätzung sind die Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung von dem Einkommen abzuziehen.

Für gefälligen Beachtung!

Von einigen Filial-Inhabern und Austrägern wird darüber geklagt, daß die Abonnementsbeiträge zuweilen erst gegen Ende des Monats eingehen. Wir machen die verehrlichen Beset davon aufmerksam, daß der Abonnementsbetrag im voraus zu bezahlen ist, und daß unsere Austräger und Filialen Inhaber gehalten sind, Mitte des Monats auszurechnen.

Die Expedition.

Arbeiter! Erwerbt das Leipziger Bürgerrecht.